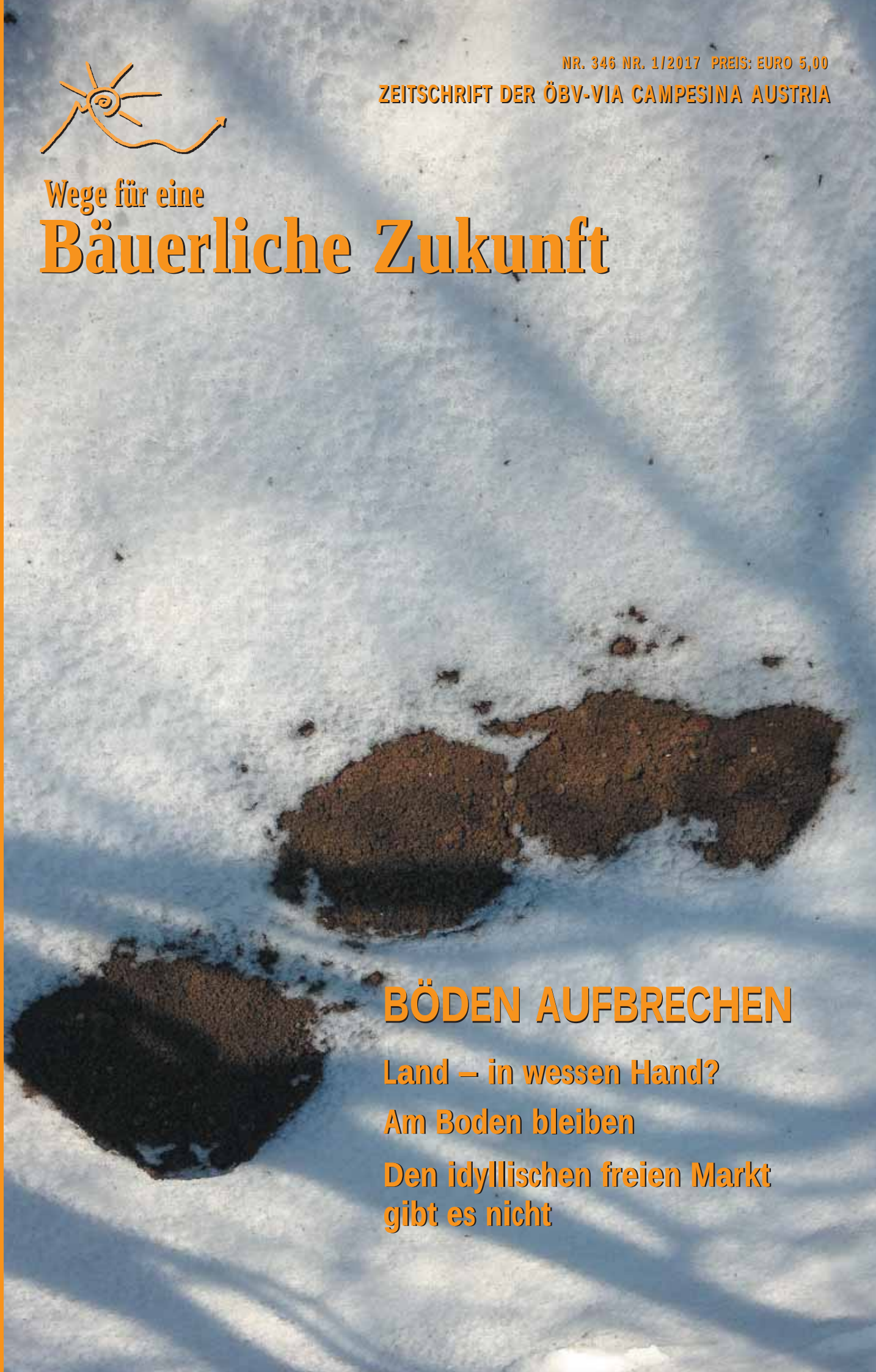
NR. 346 NR. 1/2017 PREIS: EURO 5,00
ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine

Bäuerliche Zukunft



BÖDEN AUFBRECHEN

Land – in wessen Hand?

Am Boden bleiben

Den idyllischen freien Markt gibt es nicht

Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innenvereinigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33
E-Mail: baeuerliche.zukunft@chello.at
Homepage: www.viacampesina.at
Redaktion: Monika Gruber, Irmi Salzer, Eva Schinnerl
Gestaltung & Layout: Eva Geber
Zeichnungen: MUCH Unterleitner
Titelfoto: Eva Schinnerl
Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großebersdorf
Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix (Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, David Jelinek, Florian Walter
Geschäftsleitung: Ludwig Rumetshofer, Julianna Fehlinger
Sekretariat: Katherina Mergl
Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.
Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.
Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber*innen wieder.
Einzelpreis: Euro 5,–
Jahresabonnement: INLAND Euro 28,–
AUSLAND Euro 32,–
Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111, Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529 BIC GIBAATWW
ÖBV-Mitgliedsbeitrag:
Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern): Euro 38,– + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.
Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 38,–. Euro 3,– aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonnement von BÄUERLICHE ZUKUNFT.
Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509 E-Mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

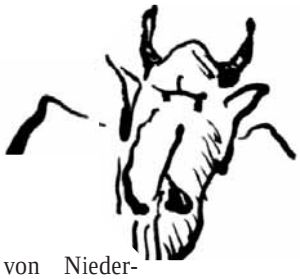
ISSN 1019-5130
39. JAHRGANG (2016)

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Beim Aufbrechen der Böden half uns der Maulwurf, siehe Titelbild. Politisch werden wir selbst aktiv! Dazu gibt es eine Fülle von Anregungen in den folgenden Artikeln sowie einen geschichtlichen Rückblick, siehe Seite 7. Damit wir von den Erfahrungen unserer Großeltern und Urgroßeltern lernen, braucht es eigenständiges Denken. Das bringt unsere Augen zum Leuchten, siehe Seite 21, ruft in unseren Hirnen einen beglückenden Zustand hervor und macht uns handlungsfähig, siehe Cartoon.

Der Schwerpunkt der nächsten Ausgabe widmet sich dem Thema „Bäuerliche Rechte“. Der Redaktionsschluss ist der 27. März, siehe Kalender.

Es grüßen mit leuchtenden Augen aus der Faschingsredaktion
Eva, Irmi und Monika



Das Engerl ist zwar ziemlich traurig, dass das EU-Parlament CETA nun grünes Licht gegeben hat, freut sich aber über die 254 Abgeordneten, die dagegen stimmten. Noch nie in der Geschichte des EU-Parlaments ist ein Freihandelsabkommen auf so großen Widerstand gestoßen. Auch die Mehrzahl der österreichischen EU-Parlamentarier*innen sagte „Nein“ zu CETA – das Engerl hofft aus ganzem Herzen, dass die Sozialdemokrat*innen im Nationalrat von ihren EU-Kolleg*innen lernen und dem Abkommen im österreichischen Parlament eine Absage erteilen.

Das Teuferl geht an das Ökosoziale Forum und seinen Präsidenten, den Neo-Landesvize von Niederösterreich, Stephan Pernkopf. Nicht nur, dass sich das ÖSF zunehmend als Lobbyorganisation des Bauernbunds betätigt, kassiert es nun bei seinem alljährlichen Agrarpolitiktag satte 65 Euro für ein inhaltsleeres Programm (samt Verpflegung in fragwürdiger Qualität). Als das Zeitmanagement der Veranstaltung katastrophal daneben ging, wurde die Publikumsdiskussion kurzerhand abgesagt. Ein Schelm, wer glaubt, dass dies die Verantwortlichen geschmerzt hat – denn Kritik verträgt das ÖSF gar nicht. Den Aktivist*innen der Plattform „Wir haben es satt!“, die die druckfrische BauernPost verteilten, wurde sogar verboten, die Toilette zu benutzen.

MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.

KOMMENTAR

VON JULIANNA FEHLINGER

BODEN-KULTUR

Der Boden ist die Grundlage unseres bäuerlichen Wirtschaftens – sonnenklar! Doch auch die Agrarindustrie kommt trotz all der Technik und Chemie nicht ohne den Zugang zu Land aus. Mittlerweile haben auch viele Akteur*innen außerhalb der Landwirtschaft erkannt, dass Boden nicht nur für die Lebensmittelerzeugung unumgänglich ist, sondern auch für die Produktion von Energie. In Zeiten, in denen der Zugang zu fossilen Brennstoffen immer schwieriger wird und gleichzeitig Boden durch falsche Bewirtschaftung verloren geht, wird der ökonomische Wettstreit um unseren Boden immer schlimmer. Das spüren auch Bauern und Bäuerinnen, die trotz sinkender Zahl an Betrieben immer höhere Preise für Pacht und Kauf zahlen müssen. Dadurch konzentriert sich Land in den Händen jener, die es sich leisten können, die hohen Pacht- und Kaufpreise zu zahlen – bei uns ebenso wie in anderen Regionen dieser Erde.

Dem Boden wird dabei zu viel zugemutet: monokultureller Anbau, Überdüngung, Verdichtung und Verbauung. Besonders schmerzlich ist aber der Verlust an Boden-Kultur: jenes Zusammenwirkens zwischen bäuerlichem Handwerk und dem Boden, das sich über Jahrhunderte entwickelt hat. Denn es sind Bauern und Bäuerinnen, die im Laufe von vielen Generationen ein System entwickelt haben, wie sie von dem, was der Boden hergibt, leben können. Es sind Bäuerinnen und Bauern, die erfahren haben, was sie dem Boden zurück geben müssen, um seine Fruchtbarkeit zu erhalten und die damit eine regional angepasste Boden-Kultur entwickeln konnten.

Die Universität für Bodenkultur trägt genau dies bereits im Namen. Daher ist es höchste Zeit, dass Bauern und Bäuerinnen gemeinsam mit Wissenschaftler*innen erforschen, wie Boden-Kultur an die heutigen Herausforderungen angepasst werden kann. Wir brauchen eine an der bäuerlichen Praxis orientierte Forschung, die bäuerliche Produktionsmethoden wertschätzt, auf Kreislaufwirtschaft setzt, anstatt den Einsatz fossiler Energie weiter voranzutreiben, die gute soziale Kultur auf den Höfen schafft, damit mehr statt weniger Menschen Boden-Kultur betreiben wollen und die auf Vielfalt setzt statt auf Einfalt.

Julianna Fehlinger
Geschäftsleiterin der ÖBV

INHALTSVERZEICHNIS

Brigitte Reisenberger
LAND – IN WESSEN HAND? 4

Franz Rohrmoser
SOZIALDEMOKRATIE, BODENFRAGE UND ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT IN DER GESCHICHTE 7

ÖBV-*Info* I 9

Hermann Pennwieser
AM BODEN BLEIBEN 10

Angelika Kobl
VON LACHSEN, ARBEITSPLÄTZEN, EIGENTUMSRECHTEN UND VERANTWORTUNG 12

Brigitte Reisenberger
BÖDEN AUFGEBROCHEN! 15

Karin Okonkwo-Klampfer
WEIL DER HOF FÜR MICH MEHR ALS EIN ÖKONOMISCHER WERT IST 16

KURZ & BÜNDIG 17

Florian Jungreithmeier
IM LAND ÜBER DEN UNBEGRENZTEN MÖGLICHKEITEN 18

Siegfried Jäckle
ETWAS MEHR HIRN, BITTE! 20

Inga Braukmann und Anneke Engel
ERSTES RATSTREFFEN DES ÖSTERREICHISCHEN SoLaWi-NETZWERKS 22

ÖBV-Hoftafeln 22

Paul Ertl
DEN IDYLLISCHEN FREIEN MARKT GIBT ES NICHT 23

Gerhard Hovorka
DIE BERGBAUERNFÖRDERUNG IST EIN ERFOLGSMODELL 24

LESERBRIEF 25

Monika Gruber
GLOSSE 26

Kontaktadressen/ABO-WERBUNG 27

ÖBV-*Info* II 28

LAND – IN WESSEN HAND?

Wem gehören Wald, Wiesen und Äcker in Österreich? Eine nicht einfach zu beantwortende Frage, denn die Datenlage ist von Intransparenz entlang der Interessen von Großeigentümer*innen gekennzeichnet.

VON BRIGITTE REISENBERGER

In Österreich wird die landwirtschaftliche Nutzfläche von 2,73 Millionen Hektar sukzessive weniger. 1999 waren es noch 3,3 Millionen Hektar Agrarflächen. Täglich werden 22 Hektar verbaut, das entspricht einer Fläche von über 30 Fußballfeldern. Österreich gehört damit europaweit zu den Ländern mit dem größten Rückgang an landwirtschaftlichen Flächen.

Die Top 3: Staat, Adel, Klöster

Die Bundesforste sind mit 850.000 Hektar (entspricht zehn Prozent der Staatsfläche) der mit Abstand größte Grundeigentümer des Landes. Die Stadt Wien folgt mit etwa 58.000 Hektar. Danach reihen sich ehemalige Adelsfamilien und Klöster. Umfassende und aufschlussreiche Daten zu Fragen der Landkonzentration und -verteilung zu bekommen ist schwierig, die größten Grundeigentümer*innen werden nirgendwo offiziell veröffentlicht. Laut journalistischen Recherchen sind die größten kirchlichen Eigentümer das steirische Benediktinerstift Admont, die Chorherren von Klosterneuburg, das Prämonstratenserstift Schlägl sowie die Klöster von Göttweig, Kremsmünster, Heiligenkreuz und Melk. Weite Teile der österreichischen Wälder, Wiesen und Äcker kontrollieren die Blaublütler Esterházy, Mayr-Melnhof-Saurau, Liechtenstein, Schwarzenberg, Habsburg, Coburg & Gotha, Starhemberg und Schaumburg-Lippe. Diese Riesengüter wurden erheiratet oder ererbt.

Wald in Privathand

Die „Land- & Forstbetriebe Österreich“, die Interessenvertretung der Großagrarier und Großgrundbesitzer in Österreich, repräsentiert 640 heimische Forst- und Landwirtschaftsbetriebe. Die Mitgliedsflächen machen insgesamt 1,6 Millionen Hektar aus – der Großteil davon ist Wald. In Österreich sind 82 Prozent des Waldes in Privatbesitz, nur in Portugal ist noch mehr Wald privatisiert. Der EU-Durchschnitt liegt bei 52 Prozent. Die Landwirtschaftsbetriebe der „Land- & Forstbetriebe Österreich“ sind überwiegend im Ackerbau tätig und bewirtschaften in Summe 60.000 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. Die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Mitgliedsbetriebes beträgt 420 Hektar, der österreichweite Durchschnitt liegt bei weniger als 20 Hektar. Letztes Jahr trat der Verein im Zuge der Debatte um eine Grunderwerbssteuererhöhung vehement gegen diese „versteckten Erbschaftssteuern“ auf, denn diese „dienen nur der Befriedigung sozialistischer Ideologien“. Die Land- & Forstbetriebe riefen gar zu einer „Protestversammlung gegen Vermögenssteuern und Enteignung“ auf. Felix Montecuccoli, Präsident der Land- & Forstbetriebe, befürchtete durch eine Steuerreform auf Grund und Boden „einen Angriff auf die ganze Gesellschaft“. In Anbetracht des Entrüstungssturms könnte mensch fast annehmen, die Regierung hätte eine umfassende Bodenreform angekündigt. Eine Debatte darüber liegt jedoch in weiter Ferne, obwohl aus einer menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Perspektive bei der Landverwaltung in Europa dringender Reformbedarf besteht. Europa gilt gewöhnlich als Vorzeigebeispiel für gelungene Landverwaltung. Diese Einschätzung setzt jedoch ein sehr enges Verständnis von Land voraus. Landverwaltung wird dabei in erster Linie als eine technische Angelegenheit gesehen, die sich durch starke (private) Eigentumsrechte, gut funktionierende Grundkataster und Landmärkte auszeichnet. Hand in Hand mit der üblichen technischen Herangehensweise an Landverwaltung geht das dominante Produktionsmodell. Die EU ist der weltweit größte Nahrungsmittelexporteur. Eine Tatsache, die von vielen europäischen politischen Entscheidungsträger*innen als Erfolgsbeweis gewertet wird. Dieser „Erfolg“ begründet sich jedoch auf einem sozial und ökologisch destruktiven Landwirt-

schaftsmodell. Das zunehmend industrialisierte Ernährungs- und Agrarsystem ist abhängig von fossiler Energie, der Ausbeutung von Arbeitskräften und vom Import weit entfernter Ressourcen (beispielsweise virtuelles Land und Wasser) in Form von Futtermitteln.

„Wachsen oder Weichen“

Jedes Jahr werden zehntausende Kleinbäuer*innen aus der Landwirtschaft gedrängt, während größere Betriebe und die Agrarindustrie rapide expandieren. Politische Repräsentant*innen, agrarindustrielle Interessengruppen und Lobbys (oft als Teil der mächtigen „Dreifaltigkeit“ von Raiffeisen, Landwirtschaftskammer und Bauernbund) bezeichnen diesen Prozess als „naturgegebenen“ und „notwendigen“ „Strukturwandel“. Die politischen Rahmenbedingungen, die diesen Trend vorantreiben, bleiben unthematisiert. Das „Bäuer*innensterben“ trifft hauptsächlich kleine und mittlere Betriebe und verstärkt die Landkonzentration. In Österreich verdoppelte sich zwischen 1951 und 2007 die durchschnittliche Betriebsgröße. Wurde 1995 von einem österreichischen Betrieb im Durchschnitt eine Gesamtfläche von 31,8 Hektar bewirtschaftet, so waren es 2013 bereits 43,5 Hektar.

Besitzverhältnisse wie in Lateinamerika

In vielen europäischen Ländern ähnelt der ungleiche Zugang zu Land der Situation in jenen Ländern, die für die ungleiche Verteilung von Landbesitz bekannt sind, wie beispielsweise Brasilien, Kolumbien und die Philippinen. Fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Europa sind kleine Bauernhöfe mit weniger als zwei Hektar, die aber nur zwei Prozent der landwirtschaftlichen Fläche kontrollieren. Dem gegenüber nutzen Grundbesitzer*innen mit über 100 Hektar, das sind gerade drei Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe, die

Foto: FIAN International

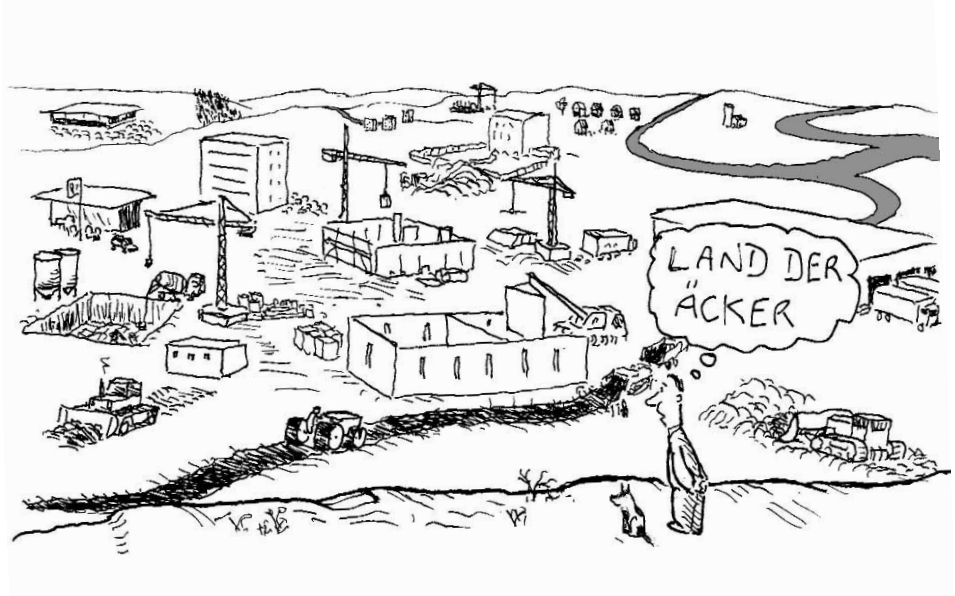
Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in der EU. Diese „Landeliten“ werden im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) aktiv durch öffentliche Gelder gefördert – unter anderem durch flächenbezogene Subventionen. Dominante Investitionspolitiken bevorzugen ein industrialisiertes Agrarmodell sowie große Landeinheiten und befördern in vielen Fällen die nicht-landwirtschaftliche Nutzung von Land (zum Beispiel Zersiedelung, touristische Enklaven, kommerzielle Großprojekte). Das stellt einen wichtigen Anreiz für Großbetriebe, Agrarbusiness und Spekulanten dar – speziell in Süd- und Osteuropa.

Land Grabbing vor unserer Haustür

Viele österreichische Großinvestor*innen sind bereits dazu übergegangen, sich in Süd- und Osteuropa im großen Stil Land zu sichern. In Ungarn befinden sich ungefähr 1 bis 1,5 Millionen Hektar Land in den Händen von ausländischen Investor*innen, viele von ihnen aus Österreich. Der größte in österreichischer Hand befindliche Betrieb bewirtschaftet etwa 4.000 Hektar. In Rumänien sollen sich trotz gesetzlicher Hürden schon lange etwa 700.000 Hektar oder 8,5 Prozent der rumänischen landwirtschaftlichen Fläche in den Händen von transnationalen Unternehmen befinden. Österreichische Investor*innen sollen sechs Prozent davon kontrollieren.

Preisschlachten um die besten Äcker

Aber auch in Österreich ist spätestens seit der Finanzkrise 2008 der agrarische Bodenmarkt stark umkämpft. „Solide Werte“ wie Grund und Boden sind begehrt wie lange nicht. In den Kleinanzeigenteilen einschlägiger Agrarmedien wie der Bauernzeitung tummeln sich Zahnärzt*innen, Rechtsanwält*innen, Banker*innen oder Apotheker*innen, die bereit sind, für Ackerflächen hunderttausende Euro hinzulegen. Das treibt die Preise für Ackerland weiter in die Höhe, bereits jetzt ist Österreich im europäischen Vergleich ein Hochpreisland. Die Branchenfremden blättern oft bedeutend mehr als den ortsüblichen Preis hin. Nur rein theoretisch ist der Erwerb von Agrarflächen im



Grundverkehrsgesetz so geregelt, dass Käufe zu überhöhten Preisen beeinsprucht werden können und ortsansässige Landwirt*innen beim Zuschlag bevorzugt werden. Angehende oder umliegende Bäuer*innen haben in der Realität oft das Nachsehen. Ihre offizielle Interessenvertretung – die Landwirtschaftskammer – hat ihre Beratungstätigkeiten einstweilen auf den Kauf land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke durch Nicht-Landwirte ausgedehnt.

Widerstand ist fruchtbar

Kleinbäuer*innen aus der Landwirtschaft zu drängen und den Zugang zu Land für angehende Bäuer*innen zu blockieren, sind zwei zusammenhängende Phänomene, die vom Trend zu wenigen, dafür aber größeren landwirtschaftlichen Betrieben geprägt werden. Immer mehr Menschen, angehende Bäuer*innen, Konsument*innen oder Stadtgärtner*innen stellen sich diesem Trend entgegen. Neben defensiven Kampagnen gegen Großprojekte, Enteignungen und der nicht-landwirtschaftlichen Nutzung von Land gibt es auch proaktive Kampagnen, mit denen Menschen ihr Recht auf die Kontrolle über Land praktisch realisieren und dabei selbst über Zweck sowie Art und Weise der Kultivierung des Landes bestimmen. Diese Proteste bringen oft Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen und verbinden nicht selten den ländlichen und städtischen Raum. Viele Initiativen setzen sich für Land- bzw. für Bodenfreikauf ein, wie die Bodenfreiheit, ein Verein zur „Erhaltung von Freiräumen“ in Vorarlberg, oder Bodenfreikauf in der Steiermark, die landwirtschaftliche Flächen kaufen wollen, um diese Flächen dem Markt dauerhaft zu entziehen und zur Selbstversorgung nicht-kommerzielle Landwirtschaft zu betreiben. Der Verein Rasenna bereitet eine Stiftungsgründung vor, um Landflächen an sozial-ökologische Initiativen zur Nutzung zu übergeben. Der Verein NEL – Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft fördert außerfamiliäre Hofnachfolge und Existenzgründung in der Landwirtschaft. In Europa und auch Österreich kommt es immer öfter zu Landbesetzungen. In Wien hat die Initiative Solidarisch Landwirtschaften! (SoliLa!) in Jedlersdorf 2012 Agrarflächen der Universität für Bodenkultur besetzt, um die Umwandlung für kommerzielle Zwecke zu verhindern und die Flächen für den Aufbau einer Solidarischen Landwirtschaft (CSA) zu nutzen. Zuletzt setzt sich mit Feld X in Rothneusiedl eine Gruppe stadtlandwirtschaftender Menschen für eine selbstorganisierte Nutzung der Felder des ehemaligen Haschahofs ein.

Grund und Boden auch als Commons

Wir alle sind von der Ressource Land abhängig. Land muss daher auch wieder (Stichwort Allmende) als Gemeingut betrachtet werden. Der Zugang zu Land ist eine Grundvoraussetzung für Ernährungssouveränität. Soziale Bewegungen wie La Vía Campesina sind sich bewusst, dass Ernährungssouveränität nur dann erfüllt werden kann, wenn sie auch Land als ein Gemeingut zurückfordern und unsere Gemeingüter durch kollektive, demokratische und gemeinschaftliche Kontrolle verwaltet werden. Der Zugang zu Land muss Gegenstand demokratischer Aushandlungs- und Gestaltungsprozesse sein. Auch die Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung verlangt nach einer nachhaltigen Produktion von und dem Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln für alle. Das beinhaltet das Recht der Menschen, ihre Lebensmittelversorgung so zu organisieren, dass sie ihren eigenen Entscheidungen und Präferenzen über Produktion und Konsum entspricht. Die Verwaltung von Land und natürlichen Ressourcen muss daher auch in Österreich auf die ökologisch und sozial gerechte Produktion von Lebensmitteln für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung abzielen. Kleinbäuerliche ökologische Landwirtschaft muss Vorrang gegenüber konzentrierter, kommerzialisierter und industrialisierter Landwirtschaft bekommen, die nur den Profitinteressen einiger Weniger dient.

Brigitte Reisenberger
Geschäftsführerin von FIAN Österreich

Dieser Artikel erschien erstmals am 9. August 2016 auf mosaik-blog.at

SOZIALDEMOKRATIE, BODENFRAGE UND ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT IN DER GESCHICHTE

Europäische Sozialdemokratien haben sich vor 100 Jahren intensiv mit der Bodenfrage beschäftigt und machten eine wichtige gemeinsame Feststellung: „Der Sozialismus bekämpft das Raubeigentum der Herrenklassen, nicht das Arbeitseigentum der Bauern."

VON FRANZ ROHRMOSER

Diese Bodenfrage ist nicht nur gerade wieder hoch aktuell, sondern sie ist auch ein Kernthema für die Sozialdemokratie an sich: Es geht sowohl um soziale Sicherung der Gesellschaft durch breiten Bodenbesitz, als auch um das Wesen der Demokratie. Die Sozialdemokratie soll also jetzt das Thema wieder neu aufgreifen, um den laufenden Bodenraub zu stoppen.

Das Bauernlegen um 1900 …

… die Sozialdemokrat*innen erkannten es. Die Bauernbefreiung von 1848 um Hans Kudlich wird von unserer Bauernführung in der Regel idealisiert dargestellt. Man beachtet dabei zu wenig, dass die kleineren und mittleren Betriebe sich laut Josef Krammer[1] mit den Ablösezahlungen an die früheren Grundherren, die 1848 vom Reichstag beschlossen worden waren, sehr schwer taten. Viele verschuldeten sich dabei. Dazu kam 1868 die von den Liberalen betriebene Veränderung der Erbrechtsgesetze, die den Boden handel- und verkaufbar machte. Dies führte zu einer immensen Welle des Bauernsterbens oder des „Bauernlegens", wie man es damals nannte. Dazu ein Zitat von Krammer:

„Der Liberalismus schuf mit der Neuregelung des Erbrechtes die gesetzlichen Voraussetzungen für das Bauernlegen in den österreichischen Berggebieten. Der beste Wirt war nicht der Bauer, der den Boden bewirtschaftete, sondern Großgrundbesitzer und die Finanzmagnaten."

Die Sozialdemokraten wussten natürlich von diesen Vorgängen und nannten sie Grundraub. Zu diesem Bauernlegen schrieb dann um 1880 Peter Rossegger den Roman „Jakob der Letzte" und schilderte dabei hautnah, wie sich die Entwicklungen in der Bodenfrage in seiner steirischen Heimat im Mürztal auswirkten, sodass im Dorf nur mehr wenig Bauern übrigblieben. Die Bildungsschicht der liberalen Partei ließ – nachdem sie sich selber weitgehend vom alten „Untertanentum" befreit hatte – laut Inge Zelinka[2] die ländliche Bevölkerung völlig im Stich:

„Nachdem ihre eigene, die bürgerlich liberale Gesellschaftsschicht in den 1860-er Jahren gleichsam befreit war und über Einflussmöglichkeiten verfügte, gehörte sie zur herrschenden Klasse und dachte nicht mehr daran, den Massen zu Aufstiegsmöglichkeiten zu verhelfen". (Inge Zelinka)

Das Landvolk sollte die Rolle des Dieners beibehalten.

Sonderpostmarke, Foto: Austria Forum

Die Sozialdemokrat*innen

Die sozialdemokratische Partei wurde erst 1889 gegründet. Sie entstand aus der Arbeiterbewegung, die laut Bericht des Renner-Instituts bereits ab 1848 ihre Tätigkeit aufgenommen hatte. Zuvor kam es im April 1870 zur Geburt der Gewerkschaften, die aus dem Verein „Gleichheit" entstanden. Dies führte zur Entwicklung von Bildungsprogrammen, zu Bewusstseinsbildung und damit zu einem neuen Aufschwung der Bewegung. 1892 erfolgte dann noch die Gründung der Arbeiter-Zeitung, die wiederum viel Information und auch Bildung unter das Volk brachte.

„Wissen ist Macht" war eines der Leitbilder der Sozialdemokratie, damit arbeitete sie an konkreten Fragen der Selbstbestimmung. Sie forderte z. B. bereits damals die Trennung von Kirche und Schule und eine Gleichstellung der Frau. Zur Abgrenzung zum radikalen Marxismus und zum beginnenden Kommunismus in Russland wurde der „Austromarxismus" von Otto Bauer und Max Adler formuliert. Dabei beschritt man einen „dritten Weg" zwischen dem radikalen Marxismus und dem Weg der Reformen. Wesentliches Merkmal davon war die Verpflichtung, Machteroberung auf einem friedlichen Weg über das Parlament zu erreichen.

Feindbild Sozialdemokratie und die Bodenfrage[3]

Den Christlichsozialen gelang es, im ländlichen Bereich ein Feindbild gegen die Sozialdemokrat*innen aufzubauen. Josef Krammer beschäftigte sich mit dieser Frage und untersuchte auch die Selbstausgrenzung der Sozialdemo-

[1] Josef Krammer und Franz Rohrmoser: „Im Kampf um ihre Rechte, Geschichte der Bauern und Bäuerinnen in Österreich", Promediaverlag Wien 2012

[2] Buch der Soziologin Inge Zelinka, 2005: „Der autoritäre Sozialstaat, Machtgewinn durch Mitgefühl", veröffentlicht im LIT Verlag Wien 2005

[3] Artikel in der Zeitschrift Rote Revue, Band 12, Heft 5. Dr. Eugen Steinemann: „Die Bodenfrage in den sozialistischen Agrarprogrammen": www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=ror-001:1932-1933:12::278#278

Logo der Sozialdemokraten um 1900, Foto: SPÖ

krat*innen. Er erwähnt dabei, dass sie relativ lange zu sehr mit dogmatischen, die Bauern und Bäuerinnen und die Christlichsozialen abschreckenden Standpunkten auftraten.

Ein strittiger Punkt war die Bodenfrage. Die Linken unter den Sozialdemokrat*innen sahen wenig Chance, dass die kleinen Bauern und Bäuerinnen überleben konnten. Sie wussten von der Überschuldung der kleineren Betriebe, sie wussten Bescheid über die Landnahme der Großbauern, Bodenspekulanten, Güterschlächter und Finanzhaie. Dr. Eugen Steinemann aus der Schweiz hat dieses Thema in dem Text „Die Bodenfrage in den sozialistischen Agrarprogrammen“ in den 1920er Jahren untersucht. Dabei kamen Sozialdemokrat*innen in mehreren Ländern auf den bemerkenswerten, gemeinsamen Nenner: „Der Sozialismus bekämpft das Raubeigentum der Herrenklassen, nicht das Arbeitseigentum der Bauern“ (so in der SPÖ Österreich, SPD Deutschland, SPS Schweiz, SFIO Frankeich in den 1920er Jahren).

In dieser Differenzierung wird ein sensibler Umgang mit den geschwächten Bauern und Bäuerinnen sichtbar: Man wollte ihnen nicht ihr „Arbeitseigentum Boden“ wegnehmen, die „Boden-Gier“ der Großgrundbesitzer und Kapitalinhaber jedoch bekämpfen. Daher wurde über gemeinschaftliche Nutzungsformen nachgedacht. Die Gemeinden sollten über Bodenflächen verfügen, um diese den Kleinbäuer*innen zur Bewirtschaftung zuzuteilen. Damit Grund zur Verfügung stünde, dachte man vor allem in Deutschland an eine Enteignung von Großbetrieben ab 750 ha nach. In Österreich gab es ähnliche Diskussionen.

Die Christlichsozialen warben um die Bäuer*innen …

… und grenzten sie streng von der Sozialdemokratie ab. Die christlichsoziale Partei wurde 1894 gegründet. Die Herrschenden ängstigten sich vor der wachsenden Arbeiterbewegung und deren Aufklärungsarbeit mit Zulauf aus der Bevölkerung. Krammer schildert im Buch „Im Kampf um ihre Rechte“ die damaligen Vorgänge: Für das Jahr 1907 war eine Reichstagswahl festgelegt. Man brauchte nun ein Bollwerk zum Schutz der besitzenden Schichten. Die Bauern und die Landbevölkerung sollten als Wähler diese Rolle erfüllen. Dazu führte man zunächst das Wahlrecht für Männer ab 24 Jahren ein. Also verbündete man vor der Wahl in einer Allianz die Bauern mit ihren gesellschaftlichen Gegnern, mit den „Bauernlegern“. Die neuen Verbindungen zwischen den Großgrundbesitzern in der Partei mit den Bauern passten nicht zusammen. Es kam dabei zu einer Art Vertrag:

„Die Bourgeoisie (Die Mächtigen) verpflichten sich, das Überleben der bäuerlichen Gesellschaft und ihrer vorkapitalistischen Werte zu gewährleisten, namentlich durch ein System von Schutzzöllen“ (die wieder nur den Großbauern nutzten).

„Als Gegenleistung gewährt die dankbare Bauernschaft der etablierten Gesellschaft unter Führung der Bourgeoisie politische Unterstützung, zum Beispiel bei den Wahlen“. (Josef Krammer)

Man sieht, hier wurde eine Art „Handel“ vollzogen: Die Großen sollten die Kleinen nicht mehr auffressen, die Kleinen sollen dafür ihre Wählerstimme geben und damit die Großen absichern. Im Ganzen gesehen wird sichtbar, dass die Bauern und die Landbevölkerung benutzt wurden – zur Sicherung des Kapitals und der Herrscher. Von den Sozialdemokrat*innen wurde die ländliche Bevölkerung strikt abgetrennt.

Fazit: Daraus kann man für die heutige Zeit eine Menge lernen

1. Die Bodenkonzentration in den Händen weniger Großbesitzer geht weltweit in alarmierenden Schritten in Form von Land Grabbing voran. Zum Beispiel in Rumänien, wo Finanzkräftige viel Boden aufkaufen; in Afrika, wo Bauern und Bäuerinnen ihren Zugang zur Grundbewirtschaftung verlieren, weil schwache Regierungen das Gemeinschaftseigentum Boden an reiche Investoren verschachern; in Brasilien, wo wegen unserer europäischen Sojaverfütterung für Milch und Fleischüberschüsse weiterer Urwald zerstört wird und zum Grußgrundbesitz von Konzernen wird. Dort sind jetzt schon 46% des Bodens in der Hand von 1% der Bevölkerung.

2. Die Unterscheidung der Sozialdemokrat*innen vor 100 Jahren zwischen Raubeigentum der Herrenklassen und einem Arbeitseigentum von Bäuer*innen ist auch heute wesentlich. Dazu gehört der Aspekt, dass Gemeinden Boden „aufsammeln“, um diesen neuen Grundbewirtschafter*innen im Sinne der Ernährungssouveränität zur Verfügung zu stellen. Beides ist heute wieder gleich aktuell wie damals.

3. Bäuer*innen verlieren ihren Boden an Banken. Bauern und Bäuerinnen werden zur Zeit zu hohen Prestige-Investitionen angeregt, geraten dadurch in eine gefährliche Überschuldung (modernes Bauernlegen) und verlieren ihren Grund an Banken. Wohin wandert dann dieser

Grund, wenn ein Hof pleite ist? Zum Großgrundbesitz, zu neureichen Freund*innen der Banken? Dieser Art von Landnahme muss ein Riegel vorgeschoben werden.

4. Gleichzeitig steigt die Zahl der Bodensuchenden: Dies sind Bäuerinnen und Bauern oder neu einsteigende Kleingärtner*innen. Die Pachtpreise werden im Wettlauf sinnloser Überproduktion auf überhöhtem Niveau gehalten. Es braucht auch hier eine Art „Gemeinde", die in einem Pool Grund sammelt und vergibt.

5. Frei werdender Boden muss „in Ernährungshände" gegeben werden. Ernährungshand bedeutet eine nachhaltige Nutzung und Erhaltung von Grund und Boden für Ernährung im Sinne einer ökologischen, bäuerlichen Bewirtschaftung sowie im Sinne der neuen Bewegung der Ernährungssouveränität.

6. Die Sozialdemokratie in Europa hat hier eine zentrale Aufgabe. Sie hat vor rund 100 Jahren das wichtige Thema mit ihrer Unterscheidung von a) Raubeigentum, b) bäuerlichem Arbeitseigentum und c) Gemeinde-verwaltetem Grund sehr grundsätzlich aufgegriffen und definiert. Sie hat das Politikfeld aber aufgrund der Ausschaltung der Parteien durch Engelbert Dollfuß nicht zu Ende gebracht.

Das Bodenthema ist auch ein Kernthema für die Sozialdemokratie an sich, nämlich sprichwörtlich sowohl für die soziale Sicherung der Gesellschaft, als auch für das Wesen der Demokratie. Die Sozialdemokratie soll von ihrem Wesen her das Thema wieder aufgreifen, um den neuen Feudalismus zu stoppen, bei dem die Grundherrschaften das Sagen haben. Es geht darum, die Bodenfrage an eine nachhaltige, demokratische Politik für Ernährungssouveränität mit Beteiligung vieler Menschen zu binden. Der Zugang zu Boden ist die Voraussetzung für eine demokratische Ernährungspolitik.

Franz Rohrmoser
Konfliktforscher, unter Mitwirkung des Fachmanns für Geschichte, Josef Krammer

ÖBV-*Info I*

FRAUEN AM LAND – VIELFALT UND HINDERNISSE – BÄUERINNENTAG 2017

8. März 2017, 15:00 – 19:00
Universität für Bodenkultur (BOKU), Festsaal, Gregor-Mendelstr. 33, 1180 Wien
Der Bäuerinnentag ist die Abschlussveranstaltung der Lehrveranstaltung „Frauen in der bäuerlichen Garten- und Landwirtschaft" an der Universität für Bodenkultur. Zunächst präsentieren Studierende ihre Seminararbeiten zum Thema. Anschließend folgen Impulsreferate und Diskussion von und mit

- Michaela Reisenbauer (Biobäuerin, Solidarische Landwirtschaft, NÖ);
- Judith Moser-Hofstadler (Biobäuerin, Journalistin, ÖBV-Vorstand, OÖ);
- Dlin Andrea Heistinger (Freie Agrarwissenschafterin, Buchautorin, NÖ).

Im Anschluss gibt es Brot und Wein.

NÄCHSTES TREFFEN DES ÖBV-FRAUENARBEITSKREIS

Mo, 13. März 2017, 9:15 – 16:00
Haus der Frau, Volksgartenstr. 18, Linz (OÖ)
Alle Frauen, die mit Landwirtschaft zu tun haben, sind herzlich willkommen! Wir wollen gemeinsam ein wenig Abstand vom Alltag gewinnen, unsere aktuellen Lebens- und Arbeitssituationen reflektieren, uns mit anderen Frauen austauschen, gemeinsame Anliegen diskutieren und konkrete Projekte planen. Neue Gesichter sind genauso willkommen wie altbekannte! Wenn du einen Programmpunkt vorschlagen möchtest, dann gib bitte vorher Bescheid.
Anmeldung und Anfragen:
monika.thuswald@viacampesina.at
01-89 29 400

TREFFEN DER ÖBV-DREILÄNDERGRUPPE NÖ/STMK/BGLD

Fr, 31. März 2017, 16:00
Frauenberatungsstelle Oberwart, Prinz-Eugenstraße 12
Im Anschluss an das Regionalgruppentreffen ist ab 19:30 ein gemeinsamer Besuch der Filmvorführungen von Hunger.Macht.Profite. 8 (ERNTE.frisch und The Voice of the Land) im OHO (Offenes Haus Oberwart) geplant. Neue Gesichter sind willkommen!

SEMINARTAG: BASISWISSEN ZU AGRARPOLITIK IN ÖSTERREICH

Sa, 18. März 2017
Am Hof von Sigrid Müller und Hans Bruggraber, Pöllau bei Gleisdorf 40, 8311 Markt Hartmannsdorf
Referent*innen: Josef Krammer (Bundesanstalt für Bergbauernfragen i.R.), Irmi Salzer (ÖBV)
Weitere Infos demnächst auf www.viacampesina.at unter „Termine"
Anfragen: veranstaltung@viacampesina.at, 01-89 29 400
Ein weiterer Seminartag zu Agrarpolitik ist für März im Raum Amstetten (NÖ) geplant.
Unverbindliche Interessensbekundung unter:
veranstaltung@viacampesina.at
01-89 29 400

ÖBV-*Info* II Seite 28

AM BODEN BLEIBEN

Neue Erkenntnisse zur Bodenfruchtbarkeit. Handlungsbedarf und Ausblick.

VON HERMANN PENNWIESER

Laut Nachhaltigkeitsbericht des Landwirtschaftsministeriums ist von den 4,08 Mio. ha Agrarfläche, die vor 60 Jahren in Österreich bewirtschaftet wurden, mittlerweile ein Viertel verlorengegangen – zwei Drittel davon entfallen auf Siedlungs- und Verkehrsflächen. Und gleichzeitig findet eine mit zunehmender Bodenbelastung einhergehende Intensivierung der Produktion auf den verbleibenden Flächen statt, in erster Linie durch den Einsatz großer Mengen fossiler Energieträger. Für jede konventionell erzeugte Kalorie an Fleisch benötigen wir schon 28 Kalorien Erdöl. Und die Fläche, die uns hierzulande verloren geht bzw. durch Intensivnutzung degradiert, importieren wir über Eiweißfuttermittelimporte aus Südamerika – die EU belegt dort mittlerweile eine Fläche, die etwa 20% der EU-Agrarfläche beträgt und großteils auf Regenwaldabholzung und Monokulturen begründet. Wir sind daher auch für diese Böden verantwortlich und sollten uns darüber bewusst werden, dass wir ohne diesen Import und ohne den großen Einsatz fossiler Energien zur Nahrungsmittelerzeugung in Europa Nahrungsmittelengpässe hätten. Vor diesem Hintergrund ist es höchst an der Zeit, die Belastung unserer Böden durch Bodenverdichtung, durch Agrochemikalien und durch Artenverarmung zu verringern sowie den Flächenverbrauch einzuschränken.

Im Gegensatz zum ständigen Wachstum funktioniert die Natur in Regelkreisen, welche beispielsweise Bodenorganismen in einem Wechselspiel zwischen Wachstum und Schrumpfung gegenseitig im Gleichgewicht halten. Diese Fähigkeit zur Selbstregulation, Resilienz genannt, sollte uns ein Vorbild in der Betriebswirtschaft werden. Allein schon aus Gründen der Vorsorge müssten die „hochentwickelten“ Staaten einen Paradigmenwechsel vornehmen und sich zum Ziel setzen, die landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen wieder kleiner zu machen. Denn im Rückblick der Geschichte zeigt sich, dass nur kleinbäuerliche Strukturen Hochkulturen über lange Zeiträume getragen haben.

Neue Erkenntnisse zur Bodenfruchtbarkeit

Fruchtbarer Ackerboden ist eine Wunderwelt voller Leben. Humus kann man als Gewebe bezeichnen, das durch Zufuhr und Einbau von „absterbendem“ Gewebe in den Boden entsteht und vermehrt werden kann.

„Der Boden ist der Magen der Pflanze“, sagte einst schon Aristoteles. Und – man staune – ausgerechnet Justus von Liebig, der mit seiner Mineralstofftheorie den heutigen konventionellen Landbau begründete, kam in seinen späten Jahren zur Einsicht: „Die Pflanze ist in ihrer Beziehung auf die Aufnahme von Nahrung nicht abhängig von einer äußeren, sondern von einer inneren Ursache. Es wird ihr im normalen Zustande nichts zugeführt, sondern sie führt sich selbst zu, was sie braucht“ (Liebig 1865).

In den letzten Jahren hat die Wissenschaft aufgrund neuer Untersuchungsmöglichkeiten großartige neue Erkenntnisse gewonnen und lässt allmählich erahnen, wie genial die Natur Lebensprozesse, Nahrungsketten und Puffersysteme im Boden organisiert: Absterben, das heißt Zelltod, bedeutet nicht Auflösung in chemische Elemente, sondern Zerlegung in kleinere Einheiten, beispielsweise in Eiweiß, Aminosäuren oder Polysaccharide. Diese werden von Lebewesen im Boden wieder aufgenommen und können auch – verbildlicht gesprochen – wie in einer Speisekammer in Tonmineralen gespeichert werden.

Neben der Zusammensetzung und Energie dieser „Bausteine“ oder „Lebensteilchen“ ist ihre räumliche Struktur und Form wichtig für die Funktion – also auch die Information, die wir in den Boden bringen und die von Pflanzen als solche wieder aufgenommen werden kann.

Pflanzenwurzeln können gezielt ihr Wachstum steuern, indem sie hochsensibel auf Gravitation, Temperatur, Wasser, Hormone, Gifte, Licht, Ton und Schwingung (somit auch auf den Kontakt der Bäuerin mit ihrem Boden) reagieren. Sie haben hinter ihrer Spitze eine unserem Gehirn ähnliche Region, die Informationen in neuronalen Strukturen verarbeitet (Baluska 2007).

Charles Darwin – übrigens auch ein leidenschaftlicher Regenwurmforscher – sagte schon 1881: „Die Behauptung, dass die Enden der Würzelchen einer Pflanze wie das Gehirn eines

niedrigen Tieres funktionieren, dürfte wohl kaum eine Übertreibung sein.“ Pflanzen können so auch Umwelterfahrungen speichern und an kommende Generationen weitergeben.

Die Aufnahme von Stoffen in die Pflanzen erfolgt nicht nur in gelöster Form, sondern auch direkt als Aminosäuren, Eiweiß oder sogar als lebende Zellen, indem die Wurzeln per sogenannter Endozytose um diese Teilchen herumwachsen und diese nach innen abschnüren.

Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Mykorrhizapilze, welche in Lebensgemeinschaft mit den Wurzeln den Boden bis in feinste Poren durchwachsen und Nährstoffe aufschließen können. Neben der auf diese Weise erfolgten Verbesserung der Phosphor- und Kalium-Aufnahme ist auch eine Steigerung der N-Versorgung der Pflanzen infolge Mykorrhizierung nachgewiesen. Sie vernetzen den Boden und fungieren so auch als Kommunikationssystem zwischen den Einzelpflanzen. Von großer Bedeutung ist ihre Fähigkeit zur Glomalinproduktion – einer Eiweißverbindung, die aufgrund ihrer Klebrigkeit neben der Regenwurmlosung hauptverantwortlich für die Bildung stabiler Bodenkrümel ist.

Kreislauf des Lebens

Der Kreislauf der organischen Stoffe ist einer der Schlüsselbereiche unseres Lebens. Da bei der Verrottung die organischen Stoffe nicht gänzlich mineralisiert werden – sonst gäbe es ja keinen Humus – sondern Teile ehemaliger Zellen bzw. Eiweißverbindungen mit Tonmineralen und Huminstoffen verkittet werden, bleibt auch deren Energie und Information erhalten und wird auf den Boden übertragen. Da jedoch die gängigen Methoden der Lebensmitteluntersuchung nur die chemische Zusammensetzung analysieren, werden komplexe Verbindungen und Informationen nicht erfasst.

Der Schlüssel zum Verständnis des Lebenskreislaufes liegt in der Zellbiologie: So genannte Mikro-RNA’s – kurzkettige Eiweißbausteine – die im Boden gespeichert sind, werden von pflanzlichen Zellen aufgenommen und direkt in diese eingebaut. Wenn Tiere diese Pflanzen fressen, gehen diese Mikro-RNA’s weiter direkt über den Darm in die Körperzellen über, sind dort nachweisbar und beeinflussen maßgeblich die Ausführung von Erbinformationen der DNA, um am Ende wieder im Boden anzukommen.

Die Wirkung von Heilpflanzen lässt sich nun über deren Mikro-RNA’s belegen[1]. Und ganz spannend wird es, wenn sich heute zeigt, wie sie Krebs an seiner Verbreitung hindern[2].

Je nach Düngung und Ernährung der Pflanzen kommen unterschiedliche solcher Eiweißbausteine in die Lebensmittel und haben entscheidenden Einfluss auf unsere Gesundheit. Hippokrates sagte schon vor 2500 Jahren: „Eure Nahrungsmittel sollen eure Heilmittel und eure Heilmittel sollen Eure Nahrungsmittel sein“.

Neuartige Messmethoden wie Biophotonenmessung, Fluoreszenz-Anregungs-Spektroskopie oder Kristallisation sollten dabei helfen, diese Ganzheit darzustellen.

Der renommierte Quantenphysiker Hans Peter Dürr verbildlicht diese ganzheitliche Lebenskraft sehr anschaulich, indem er auf einer Buch-Doppelseite (in „Geist, Kosmos und Physik“, 2010) links ein Gedicht als Ganzes und rechts daneben als Buchstabenanalyse, gereiht nach der Anzahl an A’s, B’s usw. darstellt. Diese Analyse entspricht unseren derzeitigen Messmethoden und wissenschaftlichen Standards, ist auch korrekt – aber greift eben viel zu kurz. Entscheidend ist vielmehr, dass sich erst aufgrund der Anordnung zueinander ein Sinn ergibt bzw. ein Bild entsteht, welches eine völlig andere Wirkung entfaltet als die systematisch geordneten Buchstaben. Es ist also nicht nur die stoffliche Menge entscheidend.

Vielmehr geht es bei der Ernährung von Pflanzen und bei den daraus hervorgebrachten Lebensmitteln nicht nur um die Menge, sondern auch um deren Form. Also um Information, messbar als Schwingung und entsprechende Resonanz – was übrigens auch die Wirkung von Homöopathie und von Zuwendung zu anderen Geschöpfen erklärt. Die Fruchtbarkeit des Bodens und die daraus folgende Qualität von Lebensmitteln sind vor diesen Hintergründen völlig neu zu bewerten.

Hermann Pennwieser
Biobauer und Bodenforscher

[1] www.deutschlandfunk.de/der-siebte-naehrstoff.676.de.html?dram:article_id = 28894

[2] www.spektrum.de/news/microrna-hindern-krebs-an-der-verbreitung/1330491

Grenzen der Menschheit

Wenn der uralte,
Heilige Vater
Mit gelassener Hand
Aus rollenden Wolken
Segnende Blitze
Über die Erde sät,
Küß ich den letzten
Saum seines Kleides,
Kindliche Schauer
Treu in der Brust.

Johann Wolfgang Goethe

Quelle: Hans Peter Dürr

Buchstabenhäufigkeit des Gedichtes

aaaaaaa
ä
bbb
ccc
ddddddddd
eeeeeeeeeeeeeeeeeeeeeeee
ggg
hhhhhh
iiiiiii
kkk
lllll
mm
nnnnnnnnnnn
oo
rrrrrrr
sssssssss
ttttt
uuuuuu
v
ww
zz

VON LACHSEN, ARBEITSPLÄTZEN, EIGENTUMSRECHTEN UND VERANTWORTUNG

Die kleine Insel Lelu Island/Lax U'u'la vor Kanadas Pazifikküste soll Standort einer Frackinggas-Exportanlage werden. Die dort lebenden Stämme der Lax Kw'alaams kämpfen um den Erhalt eines sensiblen Ökosystems und das Recht auf ihr Land.

VON ANGELIKA KOBL

Beide Fotos: Angelika Kobl

Es ist ein atemberaubendes Schauspiel, das sich seit mehreren Millionen Jahren jedes Jahr an der Pazifikküste abspielt, wenn sich Millionen von erwachsenen Lachsen ihren Weg bahnen, flussaufwärts, über Stromschnellen und Wasserfälle, um zu ihren Geburtsstätten zurückzukehren. Oft legen sie bis zu 15.000 km im Meer zurück, und manche Lachse schwimmen noch einige tausend Kilometer flussaufwärts, ehe sie ablaichen und sterben. So stellen sie sicher, dass ein uraltes Ökosystem weiterhin funktionieren kann, denn Lachse sind Schlüsselarten für die Küsten- und Regenwaldökosysteme des Pazifiks. Ohne sie gäbe es die Vielfalt an Tieren und Pflanzen im Meer und an Land nicht, denn fast 200 Arten profitieren von der jährlichen Lachswanderung.

Bereits im Meer sind die Lachse willkommene Beute für ansässige Orcas, Robben, Seelöwen oder Haie. An den Küsten und entlang der Flüsse warten Adler, Wölfe und Bären auf die vorbeiziehende Mahlzeit, welche sie oftmals hunderte Meter weit in die Wälder tragen, wo die Überreste von kleineren Raubtieren gefressen werden oder verwesen und zu Dünger für die Bäume werden.

Neben dem Fraser River ist der Skeena im Nordwesten Britisch Kolumbiens der Fluss mit der größten noch intakten Lachswanderung Kanadas. Das Leben Indigener der Küstenregionen und des Skeena-Gebiets ist seit Anbeginn der Zeiten eng mit dem Lachs verwoben. Sie kennen die genauen Zeitpunkte der Wiederkehr der Tiere, ihre Wege, ihre Laichgründe und die Orte, an denen sich die Fische an den Unterschied zwischen Süß- und Salzwasser gewöhnen. Sie respektieren diesen Zyklus, sie wissen, wann sie fischen dürfen und wie viel sie nehmen können. Sie kennen die Bedeutung der Lachswanderung für das gesamte Ökosystem. Der Lachs steht, genau wie das Wasser und die Luft, für Leben. Er ist heilig.

Dollar gegen Leben(sräume)?

Am 27. September 2016 trafen sich Christy Clark, die Premierministerin von Britisch Kolumbien, sowie Kanadas Minister*innen für Umwelt, natürliche Ressourcen und Fischerei in Vancouver, um der Öffentlichkeit den Entschluss der Trudeau-Regierung bezüglich Lelu Island zu übermitteln.

Im Mai 2015 waren die neun alliierten Stämme der Lax Kw'alaams, in deren traditionellen Territorium Lax U'u'la (Lelu Island) liegt, vom malaysischen Unternehmen Petronas mit 1,25 Milliarden kanadischen Dollar überrascht worden. Für diesen Preis wollte das Unternehmen die Erlaubnis erkaufen, auf der kleinen Insel eine Frackinggas-Exportanlage zu bauen. Die Lax Kw'alaams lehnten einstimmig ab. Trotzdem agierten die Regierung von Britisch Kolumbien und Petronas, als hätte die Abstimmung nie stattgefunden und das Projekt erreichte die letzte Finanzierungsphase. Als Gerüchte laut wurden, dass Petronas in Kürze mit Testbohrungen auf und nahe der Insel beginnen wolle, wurde Lelu Island Ende August 2015 spontan von einer Gruppe Indigener und ihren Unterstützer*innen besetzt.

Weit im Nord-Westen Britisch Kolumbiens, unweit der Grenze zu Alaska und nur wenige Bootminuten vom Festland entfernt, befindet sich Lax U'u'la (Lelu Island). Die kleine Insel, deren Name aufgrund des reichhaltigen Nahrungsangebots „Ort der Robben“ bedeutet, ist dicht bewachsen mit Riesenlebensbäumen, Gelbzedern und Kiefern. Aufgrund des wassergesättigten Bodens finden sich auch eine Vielzahl an saftig grünen Farnen, farbenfrohen Moosen und uralten Flechten.

Lax U'u'la selbst und die Gegend rundherum strotzen nur so vor Leben, die Luft ist erfüllt von Weißkopfseeadlern und Vogelgesang, und im Meer kann man stundenlang die Schweinswale, Robben, Kanadareiher und Fische bei ihrem täglichen Treiben beobachten.

Auf der Südseite der Insel offenbart sich bei Ebbe einer der Gründe, warum das Skeena-Mündungsgebiet ökologisch so wertvoll ist und die Indigenen alles dafür geben, es zu schützen: Flora Bank. Versteckt zwischen den kleinen Inseln befindet sich im seichten Wasser eine der größten Seegrasbänke Britisch Kolumbiens, in welcher jedes Jahr Millionen junger Rotlachse aufwachsen und sich an den Unterschied zwischen Süß- und Salzwasser gewöhnen.

Aufgrund der speziellen Lage der Inseln und der natürlichen Kanäle ist das gesamte Skeena-Mündungsgebiet unglaublich sensibel gegenüber äußeren Veränderungen. So bedeutet bereits eine geringe Erhöhung der Sedimentablagerung das sichere Aus des Seegrases, da dieses im trüben Wasser nicht mehr genug Licht erhalten würde. Ohne Seegras wird auch die Lachspopulation rasant einbrechen und der Skeena von der Liste der weltweit besten Orte des Lachsfischens verschwinden.

Verantwortung – für den Lachs und die Zukunft

Die Einzigartigkeit des Skeena und die Bedeutung der Lachswanderung wurden wiederholt von internationalen Expert*innen betont. Sie kamen aus Oregon, Kalifornien und sogar Russland nach Lelu, um den Lax Kw'alaams ihre Unterstützung auszusprechen und die kanadische Bevölkerung vor dem Verlust der Lachswanderung zu warnen.

Dies ist auch einer der Gründe, warum sich fünf Frauen der lokalen Tsimshian First Nation, zu der die neun alliierten Stämme der Lax Kw'alaams gehören, dazu entschlossen, Lax U'u'la zu besetzen und ihr indigenes Eigentumsrecht aktiv auszuüben. Was mit ein paar einfachen Zelten begann, ist ein Jahr später ein kleines Dorf, mit stabilen Holzhütten zum Kochen und Schlafen und Räuchern sowie einem Tipi mit Feuerstelle.

Obwohl es für die Landverteidigung viel Unterstützung von Indigenen und Nicht-Indigenen aus Kanada gibt, mehren sich auch die Stimmen, die die Besetzung als einen terroristischen Akt bezeichnen und die Besetzer*innen beschuldigen, sich in den Weg von Industrie, Entwicklung und bitter nötigen Jobs zu stellen. Ständig wird versucht, die Besetzer*innen einzuschüchtern. Sowohl die Gitwilgyoots, einer der neun Stämme der Lax Kw'alaams, als auch die Hafenbehörde von Prince Rupert beanspruchen Lelu Island als ihr Eigentum und versuchen, dies mit täglichen Bootspatrouillen zur Schau zu stellen.

Viele Menschen aus dem Norden Britisch Kolumbiens sympathisieren mit dem Projekt von Petronas, da sie sich Jobs und einen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffen. Sie stimmen mit Christy Clark überein, welche die Lax Kw'alaams als „Kräfte des Nein“ bezeichnet. Es scheint nur wenige zu stören, dass das Frackinggas nicht in Kanada bleiben sondern nach Asien abtransportiert würde und Kanada somit kaum Nutzen zöge, jedoch großen Umweltgefahren ausgesetzt wäre.

Es geht den Landbesetzer*innen um die Verantwortung, die sie gegenüber der zukünftigen und vergangenen sieben Generationen tragen. Ihnen geht es nicht um Geld – in der Tat riskieren viele, ihren Job zu verlieren und festgenommen zu werden, während sie sich für Lax U'u'la einsetzen. Sie sind nicht getrieben von Egoismus, Gier oder Hunger nach Macht. Sie wissen über die dunkle Seite von Petronas und Frackinggas, von Finanzskandalen, Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen.

Ihnen geht es darum, ihren Kindern und Kindeskindern sauberes Wasser, saubere Luft und Tiere zum Jagen und Fischen zu hinterlassen. Es geht ihnen darum, ihre traditionelle Lebensweise wiederzubeleben, ja, selbst überhaupt am Leben zu bleiben. Es geht ihnen um den Lachs. Wer spricht für den Lachs, wer verteidigt ihn, wer hört ihn an? Wer außer jenen, die schon seit Jahrtausenden im Einklang mit ihm leben? Wer spricht für das Meer, den Fluss, die Luft, die Erde, die Tiere? Wer vertritt sie, außer jenen, die seit unzähligen Generationen in Harmonie mit ihnen koexistieren?

Foto: Angelika Kobl

Noch längst nicht überwundener Kolonialismus

Es geht ihnen auch darum, gegen das koloniale System ein Zeichen zu setzen. Die ehemals britische und nun kanadische Kolonialregierung hat lange alles darangesetzt, die indigene Sprache, Kultur und Lebensweise sowie die gesamte indigene Bevölkerung auszurotten. Sie tat dies sehr geschickt, indem sie einen Großteil der Indigenen der Westküste zuerst mit eingeschleppten Pocken umbrachte, den Verbliebenen ihr Land wegnahm und sie in abgelegenen Reservaten ansiedelte, in welchen es weder die Möglichkeit zum Jagen oder Fischen noch sauberes Trinkwasser gab. Die Kinder wurden in Internate verschleppt, in denen ihnen ihre Kultur und Sprache ausgetrieben wurde.

Während der Großteil des heutigen Kanadas der ehemaligen britischen Kolonialregierung anhand von Verträgen offiziell „übergeben“ wurde – zumindest wenn man britischen Aussagen Glauben schenkt – sieht die Situation in Britisch Kolumbien ganz anders aus. Hier ist nur ein verschwindend geringer Anteil der Landmasse durch Verträge geregelt. Den Rest hat man sich einfach einverleibt und das Rechtssystem so aufgebaut, dass die Beweispflicht nun bei den Indigenen liegt. Sie müssen vor Gericht beweisen, dass sie vorher da waren, obwohl es die Briten waren, die sich das Land genommen haben. Die horrenden Gerichtskosten stellen für die meist am Rande der Gesellschaft lebende indigene Bevölkerung ein oft unüberwindbares Hindernis dar.

Die Indigenen sind es, die die Auswirkungen des kolonialen, westlichen, kapitalistischen Systems am stärksten spüren. So viele von ihnen leben unter der Armutsgrenze, so viele von ihnen therapieren sich selbst mithilfe von Drogen und Alkohol, um mit den Nachwirkungen der Internate, in welchen sexuelle Übergriffe und genereller Missbrauch an der Tagesordnung waren, und der Misshandlung durch die Regierung umgehen zu können. So viele müssen täglich mit dem Rassismus, Hass und der Ignoranz der weißen Bevölkerung leben, die ihnen jegliche Selbstregierung, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit verweigert.

Auch wenn die Regierung aufgrund internationaler Vereinbarungen dazu verpflichtet ist, die betroffenen Indigenen nach dem Prinzip der freien, vorab durchgeführten und auf Information basierenden Zustimmung zu konsultieren, so ist die Art und Weise dieser „Konsultation“ in Kanada noch immer eine Frage der Auslegung. Projekte werden vorangetrieben, ohne auf die Zustimmung der indigenen Bevölkerung zu warten.

Der doppelzüngige Premier

Es geht auch darum, Premierminister Trudeaus double speak zu veranschaulichen. Zwar spricht er von Versöhnung und einer neuen Beziehung zwischen den Nationen, jedoch handelt er abseits des Scheinwerferlichtes anders. Vertreter der traditionellen indigenen Führungsebene waren wiederholt nach Ottawa gereist, um dort persönlich mit dem Premier zu sprechen und ihm klar zu machen, dass er für den Bau der Frackinggas-Anlage niemals ihre Zustimmung erhalten wird. Und doch hat Trudeau ihn Ende September 2016 genehmigt.

Auch kann man nicht den Klimawandel bekämpfen und gleichzeitig einem Projekt grünes Licht geben, welches jährlich etwa fünf Millionen Tonnen CO_2 in die Atmosphäre pumpen und das Kohlenstoffbudget von Britisch Kolumbien um ganze 8,5% in die Höhe schnellen lassen wird.

Es geht also darum, die Klimaziele, welche in Paris noch so groß verkündet wurden, auch tatsächlich einzuhalten. Es geht darum, Arbeitsplätze zu schaffen, welche das zukünftige Leben nicht aufs Spiel setzen. Es geht darum, die fossilen Energieträger ein für alle Mal in der Erde zu lassen, damit das Leben auf diesem Planeten auch weiterhin möglich sein wird. Für alle. Überall.

Angelika Kobl absolviert ihr Masterstudium „Global Studies“ in Graz und war von März bis Juli 2016 in Britisch Kolumbien, um dort für ihre Masterarbeit über indigene Landbesetzungen und Landrechte zu recherchieren.

BÖDEN AUFGEBROCHEN!

Reichtum in Form von Grund und Boden konzentriert sich auch in Österreich zunehmend in den Händen Weniger. Durch Urbanisierung oder Infrastrukturprojekte gingen 100.000 Hektar zwischen 2005 und 2010 verloren. Grund genug, um ein Land-Forum für Ernährungssouveränität auszurufen.

VON BRIGITTE REISENBERGER

Im Frühjahr 2015 wurde die Idee eines Land-Forums beim Nyéléni-Treffen der österreichischen Bewegung für Ernährungssouveränität in Villach geboren. Über die letzten Monate haben FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria, NEL Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft und der Verein RASENNA – Boden mit Zukunft gemeinsam an Konzept und Programm des Land-Forums gefeilt. Großes Ziel war es, ein Austausch- und Vernetzungstreffen für all jene, die sich für demokratische, ökologische und sozial gerechte Zugangs- und Nutzungsformen von Land einsetzen, zu schaffen. Das ist geglückt. In Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen fand am 25. und 26. November 2016 das Land-Forum unter dem Motto „Böden aufbrechen!“ in Wien mit knapp 100 Aktiven statt. FIAN hat das Land-Forum über das EU-Projekt „Hands on the Land for Food Sovereignty“ tatkräftig unterstützt.

Land: In welcher Hand?

Bis vor wenigen Jahren war es auf (institutioneller) EU-Ebene kaum möglich, die Landfrage in Europa kritisch anzusprechen. Obwohl die EU-Zahlen, die Sylvia Kay vom Transnational Institute (TNI) am Land-Forum zitierte, das Problem kaum deutlicher aufzeigen könnten: „Die Top ein Prozent der Landwirt*innen kontrolliert ein Fünftel der Landflächen. Ackerland ist noch ungerechter verteilt als Geldvermögen in Europa.“ Die voranschreitende Landkonzentration sei jedoch der „natürliche Lauf der Dinge“, so der Tenor der EU-Kommission. Auf europäischer Ebene beginnt dieses Scheuklappendenken jedoch zu bröckeln. „Die europäischen Institutionen befassen sich nun ernsthaft mit zivilgesellschaftlichen Vorstößen und Forderungen wie einer EU-Direktive zum Zugang zu Land, einem EU Land Observatory oder den FAO-Land-Leitlinien“, so Kay.

FAO-Leitlinien als Türöffner

Die FAO-Land-Leitlinien bieten eine Handlungsanleitung für Staaten und Zivilgesellschaft, wie die Verwaltung von Land auf Basis der Menschenrechte verbessert werden kann. Sie können ein Türöffner sein, um die Landfrage in Europa und auch Österreich zu diskutieren. Eine Arbeitsgruppe am Land-Forum erarbeitete auf Basis der Land-Leitlinien ein Forschungskonzept: Die Landnutzung und –konzentration soll in einzelnen Gemeinden auf Basis der FAO-Land-Leitlinien analysiert werden, um daraus Empfehlungen abzuleiten. Angedachte Kooperationspartner*innen sind ausgewählte Universitäten und Gemeinden. Denn lokale Entscheidungsebenen sind zentrale Interventionspunkte. Diesen Schluss teilten auch die beiden geladenen Rechtsexperten, Arthur Kanonier von der TU-Wien und Franz Staudinger von der Landwirtschaftskammer Oberösterreich. Das von ihnen präsentierte rechtliche Grundwissen zu Grundverkehrsrecht und Raumplanung ist ein wichtiger Baustein, um handlungsfähig zu werden.

Hofbörse „Perspektive Landwirtschaft“

Kleinbäuer*innen aus der Landwirtschaft zu drängen und den Zugang zu Land für angehende Bäuer*innen zu blockieren, sind zwei zusammenhängende Phänomene. Dahinter steckt der Trend zu weniger, aber größeren Höfen, unterstützt von der (europäischen) Agrarpolitik. „In den letzten Jahren sind in Österreich jährlich über 4.000 Betriebe verschwunden. Aber es gibt viele, die gut ausgebildet in die Landwirtschaft einsteigen würden, aber keinen Hof erben. Es gibt keine zentrale Anlaufstelle, auch nicht für solche, die Höfe abgeben würden. Die Landwirtschaft ist für viele eine geschlossene Gesellschaft“, so Isabella Lang vom Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft (NEL). Gemeinsam mit der ÖBV-Via Campesina Austria arbeitet NEL an der Hofbörse „Perspektive Landwirtschaft“, die Anfang 2017 online gehen wird. Am Land-Forum bekamen die Struktur der Webseite und die Fragebögen für Neueinsteiger*innen und Hofabgeber*innen den letzten Schliff.

Wer mit anderen Land-Aktiven in der Bewegung für Ernährungssouveränität in Kontakt treten oder bleiben will: Bitte auf der Email-Austausch-Liste registrieren: http://tiny.cc/landliste

Brigitte Reisenberger
Geschäftsführung FIAN Österreich

Foto: CC kleinkariert

WEIL DER HOF FÜR MICH MEHR ALS EIN ÖKONOMISCHER WERT IST

Weshalb Bäuer*innen überlegen, ihre Höfe außerfamiliär weiterzugeben.

VON KARIN OKONKWO-KLAMPFER

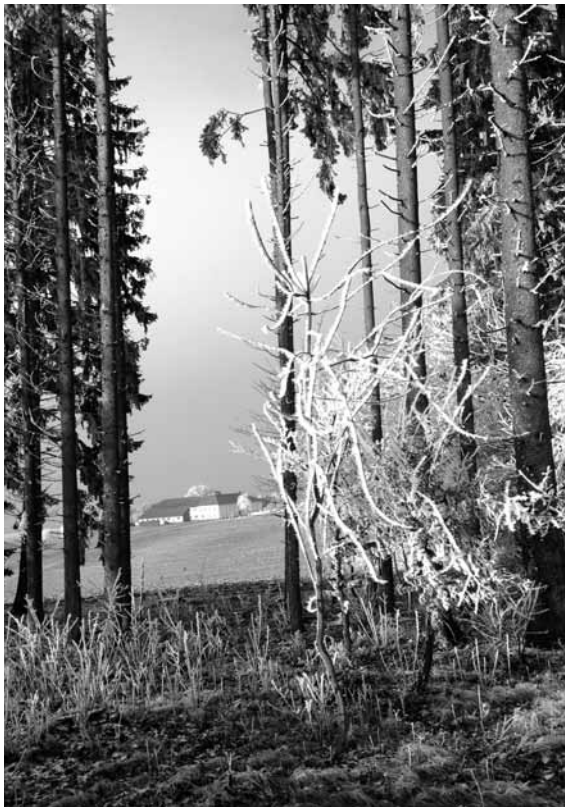


Foto: Eva Schinnerl

Das Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft (NEL) wurde im Dezember 2013 von Studierenden (Universität Wien, Universität für Bodenkultur Wien) und weiteren agrarpolitisch Interessierten gegründet. Ziel des Vereins ist es, Existenzgründung und außerfamiliäre Hofnachfolge in der Landwirtschaft zu fördern.

Initialzündung war die Erhebung einer Gruppe von BOKU-Studierenden zum Interesse am Einstieg in die praktische Landwirtschaft unter Studierenden der Agrarwissenschaften an der BOKU im Jahr 2012. Das Interesse unter den Studierenden war beträchtlich, was ja auch innerhalb der ÖBV-Via Campesina Austria immer wieder aufgefallen ist/war (siehe auch die ÖBV-Hofbörse). Offen war jedoch lange die Frage, wie potentielle Übergeber*innen die Möglichkeit einer Hofweitergabe an Personen außerhalb der Familie wahrnehmen.

Gibt es Interesse für außerfamiliäre Nachfolge?

Erst im Jahr 2015 wurde eine Studie von der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft im Auftrag der Landjugend Österreich erstellt, die auf diese Frage eine Antwort gab (QUENDLER et al, 2015): Bei einer Stichprobe von 1.501 Betrieben, bei denen die Betriebsleitung mindestens 55 Jahre (bei Frauen, Ehegemeinschaften oder Personengemeinschaften) bzw. mindestens 60 Jahre (Männer) alt ist, die mindestens 3 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften und die einen Telefonanschluss oder ein Handy besitzen, wurde eine Telefonumfrage durchgeführt. In dieser Studie wurde erhoben, ob die Hofnachfolge geklärt ist, was bei 29% der befragten Betriebe nicht der Fall war (es gab keine Unterscheidung in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe). In dieser Gruppe der ungeklärten Hofnachfolge ist die außerfamiliäre Übergabe für 23% eine Option (das sind 6,7% aller Befragten). In der Gruppe der geklärten Nachfolge werden 2% der Betriebe außerfamiliär übergeben (das sind 1,3% aller Befragten). Im Gesamten stellt eine außerfamiliäre Hofnachfolge also bei 8% der befragten Betriebe eine Option dar bzw. ist bereits im Laufen.

Weshalb eine außerfamiliäre Nachfolge?

Zusätzlich zur quantitativen Erhebung wurde bei 46 potentiell Übergebenden und bei 25 außerfamiliär Übernehmenden eine qualitative Befragung durchgeführt. Die Übergebenden hatten bei der Telefonumfrage ihr Interesse an der außerfamiliären Übergabe bekundet und sich zu einer weiteren Befragung bereit erklärt. Die Übernehmenden wurden mit Hilfe der Landwirtschaftskammern auf Landes- und Bezirksebene und aus den Daten des Programms zur Entwicklung des Ländlichen Raums (Maßnahme 112: Niederlassung von Landwirt*innen) eruiert.

Die potentiell Übergebenden wurden nach ihrer Motivation gefragt, über eine außerfamiliäre Hofnachfolge nachzudenken. Bei 91% der 46 Befragten traf die Aussage „weil der Hof für mich mehr als ein ökonomischer Wert ist“ voll oder eher zu. Das Statement „weil ich das Bedürfnis habe, die Landwirtschaft zu erhalten und weiterzugeben“ trifft für 89% der Befragten voll oder eher zu. „Weil ich mich für das Geschaffene verantwortlich fühle“ trifft für 82% der Befragten voll oder eher zu. Für viele Bauern und Bäuerinnen ist ihr Hof also mehr als ein Beruf, mehr als eine Möglichkeit zur Existenzsicherung oder die Option einer angenehmen Wohnsituation im Grünen. Dieser Aspekt muss daher bei der außerfamiliären Übergabe besondere Beachtung finden.

Rund ein Drittel der potentiell Übergebenden kannte die Option der außerfamiliären Übergabe schon lange/immer, aber ein Fünftel hat erst durch die Telefonbefragung der Studie zum ersten Mal davon erfahren! Bei den Übergabeformen sind „Verkauf durch Leibrente/Zeitrente“ bei den Übergebenden nach wie vor am bekanntesten, gefolgt von „notarielle Übertragung durch Kauf- oder Hofübergabevertrag des Gesamtbetriebs“.

Wie finden sich Übergebende und Übernehmende?

Von den 25 befragten Übernehmenden sind 80% auf einem Bauernhof aufgewachsen, übernehmen aber den elterlichen Betrieb nicht (sind also weichende Erben) und alle haben eine fundierte landwirtschaftliche Ausbildung. Fast der Hälfte (48%) wurde der Betrieb, den sie übernommen haben, angeboten – sie haben nicht gezielt gesucht! Die Übergebenden suchen sehr wohl, am ehesten unter Bekannten/Verwandten, durch Mundpropaganda und

Anzeigen in Zeitungen. Die zweite Hälfte der Übernehmenden, die ebenfalls sucht, verwendet ähnliche Kanäle, nutzt aber auch das Internet.

Informationen zur außerfamiliären Hofnachfolge holen sich sowohl Übergebende als auch Übernehmende jeweils zu mehr als einem Drittel durch den „Austausch mit Landwirt*innen, die den Schritt der außerfamiliären Hofübergaben hinter sich haben“. Die Landwirtschaftskammern, Rechtsanwält*innen, Notar*innen und Steuerberater*innen sind ebenfalls wichtige Auskunftspersonen.

Welche Unterstützung braucht es?

Viele der befragten Übergebenden und Übernehmenden wünschen sich mehr und bessere Informations- und Bildungsangebote, eine bessere Vernetzung der beiden Seiten und eine Anpassung der außerfamiliären Hofnachfolge an die innerfamiliäre in steuerlicher Hinsicht. Diese Aspekte greift die Studie auch im Fazit auf und empfiehlt weiters eine Bündelung und Koordinierung der Initiativen zum Thema außerfamiliäre Hofnachfolge.

Das Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft bietet sich als zentrale Anlaufstelle für diese Themen an. Die von NEL vorbereitete Hofbörse kann nicht nur die Vermittlung von Höfen übernehmen, sie ist auch eine Informationsplattform, eine Drehscheibe für Bildungsarbeit und der Fokuspunkt für Vernetzungsarbeit zur Existenzgründung. Sie ist ein wichtiges Werkzeug, um das Thema Zugang zu Land in Österreich zu unterstützen.

DIin Karin Okonkwo-Klampfer
aktives Mitglied beim Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft

Literatur:

QUENDLER, E., BRÜCKLER, M., RESL, T. 2015: Außerfamiliäre Hofübergabe in Österreich. Bedarfsstudie für eine Informations- und Bildungsoffensive basierend auf österreichweiten Befragungen von LandwirtInnen. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft im Auftrag der Landjugend Österreich.

kurz & bündig

irmi

BAUERNPOSTLER*INNEN GESUCHT!

Zum zweiten Mal hat die Plattform „Wir haben es satt!“ mit der BauernPost dargelegt, wie die (Agrar-)Welt nach einer dringend nötigen Agrarwende aussehen kann. Die BauernPost wurde bei den Wintertagen des Ökosozialen Forums verteilt und landete bereits in zahlreichen Briefkästen von Bäuerinnen und Bauern und agrarpolitisch Interessierten. Wer sich als BauernPostler*in betätigen mag, um die Kunde von der Agrarwende in ganz Österreich zu verbreiten, kann die neue Ausgabe unter office@viacampesina.at bestellen.

MUNUS STIFTUNG – ALLMENDE FÜR GUTES LEBEN

Als ein Ergebnis des ersten Land-Forums für Ernährungssouveränität Ende November haben die GeLa Ochsenherz und der Verein RASENNA die Vorbereitungen zur Gründung einer gemeinnützigen Stiftung intensiviert: Eine Stiftung als Werkzeug für alle ins Leben zu rufen. Für alle Initiativen, die ihre Lebensgrundlage abgesichert wissen wollen. Für alle Grundstückseigentümer*innen, die kooperatives und gemeinschaftliches Leben auf ihren Grundstücken ermöglichen und erhalten wollen – generationsübergreifend. Und für alle, die den achtsamen Umgang mit Grund und Boden als auch miteinander unterstützen wollen.

GeLa Ochsenherz verfügt über Zusagen für ausreichendes Gründungsvermögen in Form von Land und landwirtschaftlicher Infrastruktur und hat die anderen CSA-Initiativen mit dem Gedanken einer solchen Stiftung vertraut gemacht. RASENNA hat bereits die besseren Möglichkeiten des neuen Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetzes für die Errichtung einer gemeinnützigen Stiftung geprüft und leistet Öffentlichkeitsarbeit, theoretische Grundlagenarbeit, Vernetzung und logistische Unterstützung für den Aufbau einer solchen Stiftung auch in anderen Lebensbereichen. Die gemeinsame Arbeit für die Gründungserklärung einer gemeinnützigen Stiftung kommt gut voran. Sie soll den Namen „Munus Stiftung – Allmende für Gutes Leben“ tragen. Munus bedeutet: Gabe, Aufgabe, Geschenk und Verbindlichkeit.

Ihre gemeinnützige Tätigkeit soll sich in den Bereichen entfalten:

- Umwelt- und Naturschutz, ökologische und solidarische Landwirtschaft
- Bau- und Wohnungswesen
- Produktion & Reparatur von Gebrauchsgütern
- Sozialer Zusammenhalt durch Einbeziehung von in unserer Gesellschaft vom Ausschluss bedrohten Menschen in stärkende Gemeinschaften
- Kultur- & Wissensaustausch, Kunst, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit zu den genannten Bereichen.

Die Stiftung wird Stiftungsgut, insbesondere Grundstücke, zu günstigen Bedingungen an Nutzerinnengemeinschaften zur Verfügung stellen, in denen Menschen solidarisch und kooperativ untereinander und mit anderen solchen Gemeinschaften zusammenwirken.

Für ihre Tätigkeit kann die Stiftung Vermögensgegenstände und Güter jeder Art, insbesondere aber Grundstücke, Immobilien und Betriebsmittel übernehmen. Sie entzieht diese damit dem Markt und sichert sie für die Zwecke solidarischen Wirtschaftens. Sie steht dafür sowohl Initiativen dieser sozialen Ausrichtung als auch allen Menschen zur Verfügung, die zu ihren Zwecken etwas beizutragen haben.

(Quelle: www.magazin.rasenna.at)

38 MÖGLICHKEITEN, CETA ZU STOPPEN

Nach der verlorenen Abstimmung im EU-Parlament ist der Kampf gegen CETA noch lange nicht vorbei. Das Abkommen muss noch durch 38 regionale und nationale Parlamente, es gibt also noch viele Möglichkeiten, CETA zu verhindern. Das erfolgreiche Volksbegehren gegen TTIP und CETA mit mehr als 560.000 Unterschriften hat gezeigt, dass die Österreicher*innen nichts von unfairen Handelsabkommen halten. Diesen Widerstand werden wir aufrechterhalten und verbreitern! Infos unter ttip.stoppen.at und auf unserer Facebookseite www.facebook.com/BBggTTIP

IM LAND ÜBER DEN UNBEGRENZTEN MÖGLICHKEITEN

Ein globaler Strukturwandel von Land und Boden zeichnet sich immer mehr ab – ein Auszug über Größenverhältnisse, Ausgewanderte und Dagebliebene.

VON FLORIAN JUNGREITHMEIER

Kana da in Kanada? Naja, nicht ganz, denn zumindest beherbergen die unendlich erscheinenden Weiten seit Herbst 2008 auch meine Eltern. Und dann sind ja auch noch die anderen 36 Mio. Menschen, die sich eine Fläche von beinahe 10 Mio. km² (ca. 120 x Österreich) teilen – wobei sich die Bevölkerung auf einen 350 km breiten Bereich entlang der Grenze zu Trumpistan konzentriert und fast vier Fünftel in den großen Städten zu finden sind. Eine dieser Städte nennt sich Winnipeg, Heimat von Neil Young und in der Provinz Manitoba gelegen, mitten in der Kornkammer Nordamerikas. Eineinhalb Stunden südlich per Auto (ohne wird's in Kanada kompliziert) in der „Municipality of Rhineland“, da liegt sie – die Farm der Auswanderer. Gegen unseren oberösterreichischen Vierkanter wirkt das isolationstechnisch fragwürdige Wohnhaus eher bescheiden, aber da sind auch noch die anderen Wirtschaftsgebäude, die sich um den sogenannten yard verteilen – Platz gibt es in Kanada auf jeden Fall genug (ebenso wie erbarmungslose Gelsen zu warmen Zeiten!).

Die weitläufigen und dünn besiedelten Gebiete prägen natürlich ihre Bewohner*innen, und es ist nicht weit hergeholt, zu behaupten, dass die ländliche Bevölkerung sich tendenziell gegenseitig mehr unterstützt und Hilfsbereitschaft pflegt. Die kanadischen Bäuer*innen treffen sich gerne zu Frühstück und/oder Kaffee zum gemeinsamen Austauschen, bevor es an die Arbeit geht. In der kalten und vor allem langen Winterzeit machen sich die Menschen über zu hohe Heizkosten nicht allzu viele Sorgen, denn Kanada erzeugt mit fossilen Rohstoffen, Kern- und vor allem mit viel Wasserkraft (über 60%) soviel Strom, dass dieser sogar exportiert werden kann und für sehr moderate Heizpreise sorgt.

Und wieso weg aus dem schönen Österreich?

Vielleicht, weil der heimische Betrieb in Eferding mit seinen 30 Hektar und efko-Gurkerlanbau nicht mehr wachsen wollte, bei damaligen Bodenpreisen von 11–15 Euro/m²? Oder wegen der Eferdinger Umfahrung, die lange geplant war und seit 2016 endgültig für mehr Versiegelung sorgt, wo früher Gurkerl und Co. gesprossen sind? Oder typisch bäuerlich-familiäre Gründe? Oder doch einfach die pure Abenteuerlust, gefördert von einem vor längerer Zeit ausgewanderten Bekannten des Vaters? Oder von allem ein bisschen oder ganz viel?

Was mich betrifft, gerade während des Arbeitstrainings im ÖBV-Büro sitzend und diesen Text schreibend, so entschied ich mich 2008 für die BOKU Wien und ließ meine Eltern sowie ein Geschwisterlein (insgesamt sind wir vier an der Zahl – Eferding ist fruchtbar) von dannen ziehen. Seitdem wird der Vierkanter vom älteren Bruder und den Großeltern bewohnt und dient meinereins als Zufluchtsresidenz, wenn mich die Sehnsucht nach Landluft plagt oder Hilfe benötigt wird. Die Felder werden seither von einem Freund und Nachbarn des Hofes bewirtschaftet, mit dem der Vater auch die Eferdinger Kompostanlage aufgebaut hat und wo er, trotz Kanada, noch mithilft, wie und wann er kann. Zeit dazu findet sich vor allem im Winter, denn in dieser Jahreszeit zieht es die Eltern alljährlich nach Österreich, um dem kanadischen Winter zu entfliehen und die Familie zusammenkommen zu lassen – als Landwirt*in gibt es in Kanada zu dieser Jahreszeit ohnehin nicht viel zu tun, außer, sich vor Minusgraden und Schneestürmen zu verstecken. Der ältere Bruder, bereits voll im nicht-landwirtschaftlichen Berufsleben stehend, wird den österreichischen Hof übernehmen und macht zur Zeit den Landwirtschaftlichen Facharbeiter per Abendschule nach – ob und wie dieser den Betrieb im Nebenerwerb weiterführt, steht noch in den Sternen.

500 Hektar, und 15.000

In Kanada ist es, je nach Region und Leuten, nicht unüblich, die Farm im Ruhestand zu verkaufen – es gibt keine eingesessene Tradition à la österreichischem

Hofnachfolgeprinzip, sondern jede Familie und jeder Betrieb hat eigene Regeln und Wirtschaftsweisen. Womit schon einmal auf einen der wesentlichsten Unterschiede hingewiesen ist – es gibt praktisch keine gängigen „Landwirtschafts-Traditionen“ im zweitgrößten Land der Erde. Zu wenig „Geschichte“, zu viele Eingewanderte aus der ganzen Welt und vielleicht ein zu weiter Horizont, um an starren Strukturen festzuhalten – außer vielleicht an religiösen, denn die Vielfalt an Menschen sorgt auch für vielfältigste Religionsgemeinschaften.

In Kanada sind nicht nur die Horizonte weit, sondern auch die Felder. Unter 500 Hektar wird eine Bewirtschaftung im Vollerwerb schwierig – je nach vorhandenen Geräten und Maschinen. Die Betriebe müssen mit immer größer werdenden Investitionen gehandhabt werden, vor allem vorangetrieben durch die immens gewachsenen und wachsenden Grundstückspreise. In der Manitoba-Gegend sind diese im Vergleich zu 2005 um bis zu 400% gestiegen – natürlich abhängig vom Ertragspotenzial, welches Richtung Norden durch höhere Steinanteile, weniger tiefgründige Böden und mehr Frosttage stark abnimmt. In ungünstigen Jahren können Grenzlagen für den Ackerbau schnell völlig uninteressant werden. Dies kann sogar zu Ernteabbrüchen führen, weil sich z. B. der Mähdrescher nicht mehr rentiert.

Die ständige Mechanisierung fordert höhere Betriebsgrößen – und so werden nicht selten sehr teure Maschinen gemeinschaftlich genutzt, um überhaupt wirtschaftsfähig sein zu können. Zudem haben sich verschiedene Modelle entwickelt, wie z. B. die Spezialisierung von Betrieben auf einzelne Arbeitsschritte (Bestellung, Ernte, Transport etc.) oder Lohnarbeit, sogenanntes „custom work“, wie es in Österreich vom Maschinenring praktiziert wird – häufig anzutreffen in Kombination mit Pacht. So werden in Manitoba über 60% der Ackerfläche auf Pachtbasis bearbeitet, Tendenz steigend. Ebenso bieten Händler*innen für Düngemittel und Pflanzenschutz Dienstleistungen an, wie die Erstellung von Bodenproben, Feldkontrollen, Düngeberatung oder direkt die Ausbringung von Dünger- und/oder Pflanzenschutzmitteln mit modernsten Geräten.

Foto: Florian Jungreithmeier

Seit einigen Jahren werden sogenannte „corporation-farms“ häufiger, bei denen Farmunternehmen mit außerlandwirtschaftlichen Geldgeber*innen, Agronom*innen, Mitarbeiter*innen (ganzjährig und Teilzeit) und Buchhalter*innen Flächen bis zu 15.000 ha gepachtet haben. Diese erwirtschaften eine bessere Verzinsung als Banken – besonders in Zeiten von niedrigen Zinsen.

In der von Manitoba aus westlich gelegenen Provinz Saskatchewan gibt es bereits Investoren, die riesige Betriebe „von der Stadt aus“ bewirtschaften lassen und nicht einmal mehr offiziell in der Provinz leben müssen. In Manitoba ist dies aufgrund der gesetzlichen Lage nicht möglich, da die Bewirtschafter*innen einer Farm auch einen Aufenthaltstitel in der Provinz nachweisen müssen.

Wachsen und weichen – in ganz anderen Dimensionen, versteht sich – generiert somit auch in Kanada einen landwirtschaftlichen Strukturwechsel hin zu noch größeren Betriebsformen.

Meine Eltern werden ihren späten und umso mutigeren Lebenstraum noch fortführen können, ohne wachsen zu müssen und bleiben somit relativ „kleine“ Farmer – für kanadische Verhältnisse versteht sich. Welche Betriebsformen sich in Zukunft durchsetzen werden, ist abzusehen – ob die kanadischen Landwirt*innen den immer immenser werdenden Strukturwandel hinnehmen werden, wird sich zeigen.

(Daten & Fakten aus dem world-wide-web und mündlichen Überlieferungen.)

Florian Jungreithmeier
Arbeitstrainee bei der ÖBV

ETWAS MEHR HIRN, BITTE!

Vor einiger Zeit ist mir eine Erklärung auf die Frage begegnet, warum sich Unvernunft und Wachstum ideal ergänzen. Als Antwort wurde der Biologe und Hirnforscher Gerald Hüther zitiert, dass unser Hirn zum Funktionieren fortwährend Herausforderungen brauche, die Begeisterung auslösen und damit ein Gefühl des Glücks.

VON SIEGFRIED JÄCKLE

Unsere technisch durchgetaktete und durchverwaltete Welt habe uns die Bewältigung von Herausforderungen aber weitgehend abgenommen, weshalb wir diese Begeisterung in Ersatzbefriedigungen suchen, wie im Kaufen und in der Freizeit. Unser Wirtschaftssystem brauche diese unterforderten Gehirne, die kaufen, damit die Wirtschaft wachse. Diese Erklärung hat mich gefesselt, sodass ich ein neues Buch dieses Hirnforschers sofort kaufte. Zumal es den provokanten Titel trägt: „Etwas mehr Hirn, bitte“.

Beim Studium dieses allgemeinverständlichen Buches mit nicht einmal 200 Seiten habe ich mich gleich an die ÖBV erinnert. Ist deren Gemeinsamkeit mit diesem Buch doch die Freude am eigenen Denken und die Lust am gemeinsamen Gestalten. Einleitend schreibt der Autor, dass es das schwierigste Buch sei, das er bisher geschrieben habe. Sein Ziel ist die Potentialentfaltung in menschlichen Gemeinschaften. Ein Ziel, das die herrschende neoliberale Wettbewerbsreligion Innovation nennt und damit endloses Wachstum erhofft. Zwar warnen ihre Politiker*innen regelmäßig vor dem Zerfall der Gemeinschaft, lenken aber mit (billigem) Brot und (Freizeit-) Spielen von den Ursachen ab, wie schon die Römer. Hüther geht diesen Ursachen auf den Grund und deckt sie in unseren Denkstrukturen auf, die sich in diesem System verfangen haben. Mit einer Art geistigem Dreisprung zeigt er Auswege, wie wir statt des uns angewöhnten Denkens des „Nie-genug-habens“ den Weg zum „Guten Leben“ denken können. Im ersten Sprung geht es um unser Leben als erkenntnisgewinnenden Prozess. Im zweiten um die Strukturierung des menschlichen Gehirns durch Erfahrungen in unseren sozialen Strukturen und im dritten schließlich um die Entfaltung unserer Potentiale in Gemeinschaften. Das Buch enthält keine Rezepte zum Kopieren, aber Impulse zum Kapieren. Ich will den Versuch wagen, Hüthers Gedankensprünge mit unserer bäuerlichen Welt zu verbinden.

Lebende Systeme ohne Verlierer*innen

Das Buch beginnt mit der Frage, warum wir so viele Probleme haben. Probleme, mit denen uns die Medien unaufhörlich berieseln und die wir auf unseren Höfen und in unserem Umfeld bewältigen müssen. Weil uns die Lust am eigenen Denken abhanden gekommen ist, ist Hüthers Antwort. Ist dabei unser Agrarsystem nicht Spitze? Beim Abgewöhnen des eigenen Denkens durch Auflagen, Richtlinien und Zertifizierungen. Hüther nennt das Vergiftung unserer Gehirne. Mir war damit eine Beobachtung klar, dass in Gesprächen fast nur noch danach gefragt wird, was man darf und was nicht. Selten aber, was wir wollen und können. Wie dieses System auch die Hirne unserer Gemeinschaften vergiftet hat, habe ich gerade wieder einmal in einer Sitzung einer Erzeugergemeinschaft erlebt. Man solle sich doch an den Großen statt an den Kleinen orientieren, hieß es da plötzlich, obwohl die Gemeinschaft als ein Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft der Kleinen gegründet worden ist. Vor solchen Giftpfeilen ducken sich die meisten, um nicht auf der Verliererseite zu stehen. Mich machen solche Thesen wütend, weil ich immer wieder erlebe, wie die, die ihnen folgen, mit den Risiken allein bleiben und für die Folgen noch beschuldigt werden. In der anschließend schlaflosen Nacht habe ich bei Hüther die Hintergründe für dieses Verhalten erkannt: Wettbewerb ist nicht die Triebfeder von Weiterentwicklung, sondern zwingt lebende Systeme lediglich zur fortschreitenden Spezialisierung. Weil das Wettbewerbsdenken alles als Objekte (gestaltbare Dinge) sieht, spaltet es Gemeinschaften, die aus lebenden Subjekten

bestehen. Kein lebendes System existiere aber für sich allein, sondern ist immer mit anderen Lebensformen verbunden und kann nur leben und sich weiterentwickeln inmitten von anderen, die auch am Leben bleiben. In solchen Systemen entstehen keine Verlierer*innen, wie bei der Begeisterung durch Wachstum und Größe.

Aus dem Wettbewerb ausbrechen

Diese Struktur des Gehirns und unseres Denkens behandelt er im zweiten Sprung. Sie wird geprägt von der erlebten Umgebung von der Kindheit über die Schule, Ausbildung und von den eigenen Berufs- und Lebenserfahrungen. Das heißt, unser Denken ist nur ein indirektes Erbe über unsere Kontaktpersonen. Hüther nennt diese Prägungen transgenerationale Erfahrungen. Wir kennen sie aus den Spannungen zwischen den Generationen auf den Höfen. Zu diesen prägenden Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten gehört ebenso der erlebte Strukturwandel. Wie der sich als Zeitgeist in die Hirne eingenistet hat, führte der Schwarzwälder Bote dieser Tage mit der Schlagzeile „Klassisch, öko, groß“ vor, unter der drei Landwirte interviewt und beschrieben wurden. Bei allen Unterschieden stand die Produktion für den Markt als gemeinsamer Nenner im Mittelpunkt. Wichtig ist, wer es am besten und billigsten kann und damit der Wettbewerb, der das Vorstellungsvermögen im Griff hat. Einzig die Bäuerin vom Ökohof sprengte bemerkenswerterweise mit einem Zitat des Großbauern dieses Denkmodell: Das System der Lebensmittelerzeugung sei nicht mehr resilient, sprich, nicht mehr widerstandsfähig im Fall von Krisen! Der Hirnforscher vergleicht diese Situation der Gehirne mit einer Baustelle, auf der aus irgendwelchen Gründen das Haus windschief geworden ist. Als Bauer oder Bäuerin wäre bodenlos der passendere Begriff. Solche Einsichten nennt er neue Erfahrungen, die zum Umbau der Denkstrukturen führen können, wenn man sie zulässt. Der Umbau könne nur gelingen, wenn wir uns für ein ganz neues Zusammenleben begeistern. Ich denke da an CSA, Foodcoops, Transition Towns bis zu Bürger- und Gemeinwohlgesellschaften, wo Menschen gemeinsam für ein „Gutes Leben“ aus dem Wettbewerb ausbrechen. Den anderen nicht mehr als gestaltbares Objekt, sondern als selbst denkendes Subjekt sehen. Oder, wie es unser Freund Franz Rohrmoser mit dieser These formuliert: „Vom ich oder du zum ich und du!“

Denkprozesse für die Zukunft

Krisen sind eigentlich immer irgendwie gemeinsam überwunden worden. Die neuen Krisen, von Abgasen über Finanzen, Klima bis Terror sind aber systemisch, sind Folgen des globalisierten Wettbewerbs. Hüther vergleicht diese Situation mit dem Kalten Krieg, der aus der Verselbständigung zweier Wirtschafts- und Militärsysteme entstanden ist. Damals habe kaum jemand daran geglaubt, dass dieses Problem überhaupt jemals lösbar sei. Die unvermutete Wende sei durch die Wiederentdeckung der Lust am eigenen Denken und der Lust am gemeinsamen Handeln in Gang gesetzt worden. Zwar hat der Vordenker Gorbatschow diese Lust erkannt und mit Glasnost und Perestroika publik gemacht. Vollzogen wurde aber vom Volk. Wobei die festgefahrenen Denkstrukturen bei der Umgestaltung wieder zur Falle wurden, im Osten für Gorbatschow selbst, im neuen Westen für die, die z. B. wieder Bauern oder Bäuerinnen werden wollten. Daraus könnten wir lernen, dass Forderungen mit einfachen Schlagworten, wie z. B. „Agrarwende“ selten Lösungen bringen, weil ja die alten Denkstrukturen an ihrer Macht kleben. Hüther hat nach langen Versuchen, Wissen zu vermitteln deshalb die Akademie für Potentialentfaltung gegründet, in der Men-

Gerald Hüther – Etwas mehr Hirn, bitte
Verlag V&R

schen selbst herausfinden können, was ihnen weiterhilft und in ihrem Hirn diesen beglückenden Zustand erzeugt, der sich im Leuchten in den Augen ausdrückt. Eine Erkenntnis, die ich aus meinem Beraterleben bestätigen kann. Wo Wissen als Empfehlung oder gar Richtlinie spontan umgesetzt worden ist, führte es selten zum Erfolg. Wer sich aber auf einen Diskussions- und dadurch Denkprozess eingelassen hat, hat zwar später, aber fast immer etwas erreicht. Deshalb habe ich vor einem Jahr in einem Artikel für den Schwarzwaldverein angeregt, ob wir nicht, wie zur Zeit der Besiedlung, wieder Klöster gründen sollten, als Orte, wo frei über die Zukunft gedacht werden kann. Hüthers Buch überzeugt mich, dass unsere Bauernhöfe Übungsorte für nachhaltiges gutes Leben sein können, wenn wir den Boden aufbrechen für das eigenständige Denken über das „Gute Leben“ mit unserem Boden. Deshalb gehört „Etwas mehr Hirn, bitte“ auf jeden Nachttisch.

Siegfried Jäckle
Vorstand Forum Pro Schwarzwaldbauern e. V.

Solidarische Landwirtschaft

ERSTES RATSTREFFEN DES ÖSTERREICHISCHEN SoLaWi-NETZWERKS

Am Samstag, dem 4. Februar 2017 fand im Offenen Technologielabor („OTELO“) Vöcklabruck in Oberösterreich ein Vernetzungstreffen der österreichischen SoLaWis statt.

VON INGA BRAUKMANN UND ANNEKE ENGEL

Foto: Homepage SoLaWi

SoLaWi steht für „Solidarische Landwirtschaft“, auch unter CSA bekannt. Schon seit 2012 gibt es etwa halbjährliche Treffen, die dem Austausch über SoLaWi dienen. Neben praktischen Themen wurde hierbei von Anfang an der Aufbau einer Netzwerkstruktur diskutiert. Nun ist es soweit! Nach langer Vorbereitungszeit und vielen Diskussionen über ein gemeinsames Leitbild und gemeinsame Ziele in der Solidarischen Landwirtschaft wurde bereits beim Herbsttreffen im November 2016 in Köflach, Steiermark, der erste Schritt zur Gründung eines offiziellen Netzwerks gemacht. Beim diesjährigen Frühlingstreffen kam nun erstmals der SoLaWi-Rat zusammen, der sich aus Delegierten von elf anwesenden SoLaWis zusammensetzte. So wurde am Vormittag zum Beispiel entschieden, dass eine Priorität des Netzwerks zunächst sein soll, bestehenden und sich neu gründenden SoLaWis eine Plattform zu bieten, um Erfahrung und Wissen auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen. Diskutiert wurde bei der Entscheidungsfindung mit allen Anwesenden, letztendlich abgestimmt haben nur die Delegierten. Am Nachmittag fiel nach intensiver Auseinandersetzung die Entscheidung, eine bezahlte Netzwerkstelle zu schaffen. Diese soll die Vernetzungsarbeit der einzelnen Initiativen unterstützen. Das entstehende österreichische SoLaWi-Netzwerk soll außerdem in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung der ÖBV-Via Campesina aufgebaut werden.

Da am selben Wochenende ein Vernetzungstreffen der oberösterreichischen Foodcoops in Vöcklabruck stattfand, wurde am Vorabend des Ratstreffens ein Austauschabend zwischen Solawis und Foodcoops organisiert. Am Sonntag nach dem Ratstreffen führte Steffi Reisenberger von der SoLaWi Vöcklabruck über ihren Hof und berichtete bei einem Frühstück im strahlenden Sonnenschein von ihrer Arbeit.

Inga Braukmann
Mitbegründerin der SoLaWI Ouvertoura
Anneke Engel
SoLaWi-Netzwerk, Kulturverein 3erhof

Die ÖBV-Hoftafeln sind da!

Gut Ding braucht Weile, aber nun sind sie zu bestellen unter office@viacampesina.at oder 01-89 29 400: Preis: 1 Stück 12 Euro, 5 Stück 55 Euro

Auf dass alle Welt sieht, wo die kritischen und (deshalb) zukunftsfähigen Bäuerinnen und Bauern daheim sind!

DEN IDYLLISCHEN FREIEN MARKT GIBT ES NICHT

Essen – wir alle brauchen es täglich. Trotzdem wissen nur noch wenige, was hinter unseren Lebensmitteln steckt.

VON PAUL ERTL

Die romantischen Bilder in der Werbung und im Supermarkt suggerieren beim Einkaufen, dass wir in Österreich nur die Wahl zwischen „gut“ und „besser“ haben. Wer allerdings einen Blick über den Regalrand hinaus wirft, sieht die äußerst unromantische Realität.

Landwirtschaft und Profitdenken

„Die Landwirtschaft ist am Markt angekommen“ heißt es dazu im Dokumentarfilm „Bauer unser“. „Wachse oder weiche“ lautet die Devise. Angesichts der milliardenschweren Subventionen für den Agrarsektor scheint es für viele längst überfällig, dass sich auch die Landwirtschaft dem Kapitalismus beugen sollte. Doch gerade auf Bauernhöfen zeigt sich, warum man nicht immer nur rechnen darf und warum der freie Markt nicht alles regeln kann. Ökonomisch betrachtet wäre es beispielsweise manchmal vernünftig, ein krankes Jungtier ohne Behandlung verenden zu lassen, da die Behandlungskosten den finanziellen Wert des Tieres übersteigen. Freier Markt bewirkt eine stärkere Ausbreitung der industrialisierten Landwirtschaft und bäuerliche Familienbetriebe sind gezwungen, ihre Höfe aufzugeben. Die Konsequenz ist eine Intensivierung der Produktion in den Gunstlagen und eine Aufgabe der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten. Die daraus resultierenden Veränderungen in unserer Kulturlandschaft und der Rückgang der ökologischen Vielfalt wirken sich letztendlich auch ökonomisch negativ auf uns alle aus (z. B. Erholungswert oder Tourismus).

Subventionspolitik fördert Strukturwandel

Da auch höhere Preise für agrarische Urprodukte diese Mechanismen nicht durchbrechen können, scheinen staatliche Ausgleichszahlungen für Leistungen, die der Markt nicht honoriert, sinnvoll. Im Speziellen wären das Förderungen von ökologischen Maßnahmen in Verbindung mit einer Unterstützung von kleinbäuerlichen Familienbetrieben. Diese Kombination ist laut Einschätzung von Expert*innen des Weltagrarrates das vielversprechendste Mittel, um den weltweiten Hunger zu bekämpfen und die Umweltschäden, verursacht durch die Landwirtschaft, zu reduzieren. Sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene wurde es bisher allerdings verabsäumt, mithilfe von Subventionen die Landwirtschaft gezielt in eine zukunftsfähigere Richtung zu lenken. Zwar gibt es zielgerichtete Zahlungen für Umweltleistungen, ein Großteil der Förderungen ist aber nach wie vor flächenbezogen, wodurch der Strukturwandel weiter vorangetrieben wird. Durch diesen gehen Arbeitsplätze in ländlichen Regionen verloren und betriebswirtschaftliche Entscheidungen auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt rücken verstärkt in den Vordergrund.

Richtungswechsel notwendig

Die kurzfristigen Maßnahmen der Politik, mit denen sie landwirtschaftliche Betriebe in der derzeitigen Situation finanziell unterstützen will, wirken visionslos. Der beschlossene teilweise Erlass der Sozialversicherungsbeiträge für alle Betriebe im 4. Quartal 2016 als Entschädigung für geringe Preise und wetterbedingte Ertragseinbußen beispielsweise hilft keinem Betrieb zu überleben und verstärkt das negative Image der Bauernfamilien als Almosen-Empfänger*innen. Hinzu kommt, dass dieses Geld früher oder später der Sozialversicherung fehlen wird. Wenn die Agrarpolitik und unsere Standesvertretung ihren Kurs nicht ändern, wird es in Zukunft nicht mehr viele geben, deren Interessen sie vertreten.

Dr. Paul Ertl studierte Agrarwissenschaften an der Universität für Bodenkultur Wien und ist Biobauer in Spittal an der Drau, Kärnten.

DIE BERGBAUERNFÖRDERUNG IST EIN ERFOLGSMODELL

Die Bewertung der Ausgleichszulage (AZ) für die letzte Programmperiode (2007–2013) zeigt deren positive Wirkungen für das Einkommen, die Kulturlandschaft, die Biodiversität und die Besiedelung.

VON GERHARD HOVORKA

Gemäß den Vorgaben der EU wurde das Programm Ländliche Entwicklung 2007-2013 einer Ex-post Evaluierung unterzogen. Der Evaluierungsbericht wurde vom BMLFUW Ende 2016 an Brüssel geschickt. Der Bericht gibt einen umfassenden Überblick über das Gesamtprogramm und die einzelnen Maßnahmen sowie die Wirkungen des Programms. Die gesamte Fördersumme für das Programm betrug 8.124,6 Mio. Euro, das heißt 1.161 Mio. Euro pro Jahr. Die Ausgleichszulage (AZ) für Berggebiete und benachteiligte Gebiete lag bei den Budgetausgaben mit einem Anteil von 23,1% nach dem ÖPUL an zweiter Stelle (siehe Tabelle Schwerpunkte und Fördersummen).

Gemäß den EU Abgrenzungskriterien umfassen die benachteiligten Gebiete in Österreich 81% der Katasterfläche. Den überwiegenden Anteil daran hat das Berggebiet mit 70% der Katasterfläche. Anders als in den meisten EU Mitgliedsstaaten haben das Berggebiet und die Förderung der Berglandwirtschaft durch die AZ in Österreich eine große Bedeutung.

Die Ausgleichszulage hatte das Ziel, die naturbedingten Nachteile der Bewirtschaftung der Betriebe im Berggebiet und in den benachteiligten Gebieten (zum Teil) auszugleichen. Dadurch sollte zur Aufrechterhaltung einer nachhaltigen Landnutzung (inklusive der Almen) und zur Erhaltung einer lebensfähigen ländlichen Gemeinschaft beigetragen werden. Diesem Ziel wurde durch die folgende Ausgestaltung der AZ entsprochen:

- Differenzierung der AZ nach der Bewirtschaftungserschwernis (gemessen in Berghöfekataster-Punkten), das heißt, je höher die Erschwernis desto höher die AZ
- Aufteilung der AZ in einen Flächenbetrag 1 (Sockelbetrag von maximal 6 ha, stark von der Erschwernis abhängig) und einen Flächenbetrag 2
- Höhere Fördersätze für Futterflächen als für sonstige Flächen
- Höhere Fördersätze für Tierhalter*innen als für Nichttierhalter*innen
- Degression der Fördersätze ab 60 ha und Obergrenze von 100 geförderten ha je Betrieb

Die Ausgleichszulage wurde in Form einer jährlichen Flächenprämie ausgezahlt und über den Mehrfachantrag Flächen beantragt. Im Durchschnitt der Jahre 2007– 2013 wurden jährlich 94.124 Betriebe mit einer jährlichen Fördersumme von 267,8 Mio. Euro gefördert. Innerhalb der Förderperiode war ein kontinuierlicher Rückgang der Anzahl der geförderten Betriebe (minus 9,8%), der Gesamtfördersumme (minus 4,6%) und der geförderten AZ-Fläche (minus 2,1%) festzustellen. Die Fördersumme je Betrieb hat hingegen um 5,8% zugenommen.

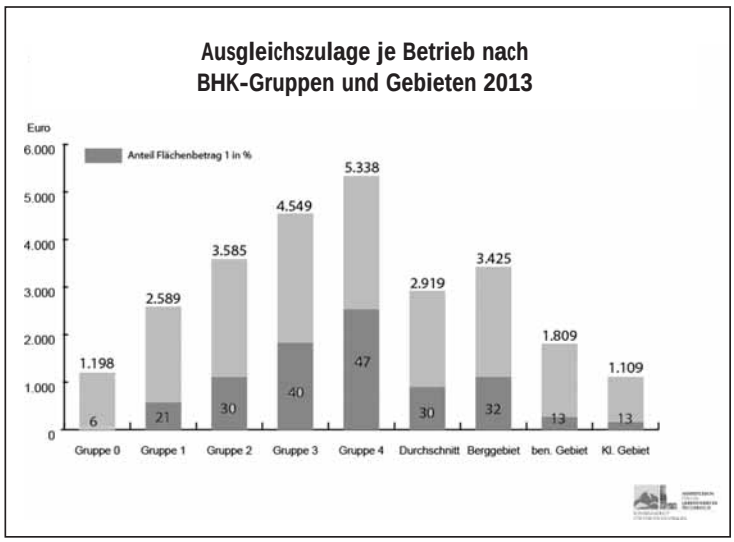
Im Jahr 2013 (letztes Jahr der Förderperiode) erhielten 89.021 Betriebe eine Ausgleichszulage mit einer Fördersumme von 259,8 Mio. Euro. Die Förderung je Betrieb betrug im Durchschnitt 2.919 Euro bzw. 172 Euro je ha. Der Flächenbetrag 1 (Sockelbetrag) hatte einen Anteil von 30% an der Fördersumme. Nach Gebieten und Erschwernissen zeigt sich ein differenziertes Bild der AZ. Entsprechend der Ausgestaltung der AZ stieg die Förderung je ha bzw. je Betrieb mit zunehmender Erschwernis stark an. Während die Nichtbergbauernbetriebe (Gruppe 0) 81 Euro je ha bzw. 1.198 Euro je Betrieb erhielten, betrug die AZ für die Bergbauernbetrieben mit extremer Erschwernis (Gruppe 4) 389 Euro je ha bzw. 5.338 Euro je Betrieb (das Viereinhalbfache). Siehe Abbildung: Ausgleichszulage je Betrieb nach BHK-Gruppen und Gebieten.

Die AZ ist ein wichtiger Einkommensbestandteil, dessen Bedeutung mit steigender Bewirtschaftungserschwernis bei den

Schwerpunkte und Fördersummen des Programms Ländliche Entwicklung 2007 – 2013 (LE 07-13)

Schwerpunkte/Maßnahmen	Budgetausgaben (Mio Euro)	Budgetanteil (in %)
Schwerpunkt 1: Wettbewerbsfähigkeit	1.281,8	15,8
Schwerpunkt 2: Umwelt	5.713,5	70,3
davon Ausgleichszulage (AZ)	1.874,7	23,1
davon ÖPUL	3.727,1	45,9
Schwerpunkt 3: Diversifizierung/Lebensqualität	813,1	10,0
Schwerpunkt 4: Leader	116,7	1,4
Technische Hilfe	199,5	2,5
Insgesamt	8.124,6	100

Anmerkung: Auszahlungen von 383,1 Mio Euro vom Schwerpunkt Leader sind den jeweiligen Maßnahmen in den Schwerpunkten zugeordnet.



Bergbauernbetrieben zunimmt. Allerdings gleicht die AZ den Einkommensrückstand gegenüber den Gunstlagen nur zum Teil aus.

Die AZ mit ihrer differenzierten Ausgestaltung ist ein Erfolgsmodell mit einem hohen Zielerreichungsgrad. Verbesserungen sind natürlich auch in Zukunft möglich. Einige wichtige Empfehlungen wurden bereits für die Förderperiode 2014–2020 umgesetzt: Beibehaltung der Differenzierung nach Tierhalter-Nichttierhalter*innen und der Förderung der Almflächen nach der Erschwernis, stärkere Berücksichtigung der Erschwernis bei der Förderhöhe und bessere Förderung für Bergbauernbetriebe mit hoher und extremer Erschwernis, stärkere Degression nach der Betriebsgröße, Ausbau des Sockelbetrags.

In Zukunft wäre eine unterschiedliche Förderhöhe für Futterflächen und sonstige Flächen wünschenswert und bestimmte Flächen sollten wie früher von der Förderung ausgeschlossen sein. Die Förderung sollte bei knappen Budgetmitteln noch stärker auf die Bergbauernbetriebe mit hoher und extremer Erschwernis konzentriert werden. Diese Betriebe haben trotz der AZ den höchsten Einkommensrückstand gegenüber den Gunstlagen. Die AZ und das ÖPUL verfolgen verschiedene Hauptziele, aber sie ergänzen sich wechselseitig. Beide Maßnahmen sind auch in Zukunft erforderlich, damit die Berglandwirtschaft ihren wichtigen Beitrag für die Erhaltung der Kulturlandschaft, der Biodiversität und der Besiedelung erfüllen kann.

Dr. Gerhard Hovorka
Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien

Literatur

Hovorka, Gerhard (2017). Die Evaluierung der Ausgleichszahlungen für naturbedingte Nachteile zugunsten von LandwirtInnen in Berggebieten und benachteiligten Gebieten, die nicht Berggebiete sind. Ex-post Evaluierung des Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raums (LE07-13). Facts&Features Nr. 54 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.

Leserbrief

Der KGB – immer noch gefährlich?

Was einst eindeutig in das geheimdienstliche Reich des Bösen gehörte, ist bei heutiger Schreibweise schon nicht mehr so eindeutig zuordenbar. Böse ist er sicher nicht, aber schwer vorstellbar – der katholisch-grüne Bauer. Eine Handvoll kenne ich jedenfalls und selbst bin ich auch einer – ich fühle mich in meiner Haut weltanschaulich und insgesamt durchaus wohl.

Ein Beispiel, wie das zusammengeht: Den Grünen Bauern und Bäuerinnen ist das rasante Bauernsterben ein echtes Problem. Ich finde es gleichzeitig auch recht christlich, sich um die schwachen Mitglieder seines eigenen Berufsstandes zu kümmern und sie nicht verkommen zu lassen. „Wir sind doch auch für die Stützung der bedrohten kleinen Betriebe!“, höre ich im Geiste einen Bauernbündler rufen, „das ist doch nichts speziell Grünes!“. „Auch wir sind für den Erhalt der kleinen Bauern!“, monieren die Roten. Stimmt ja, der Bauernbund denkt „christlich“, die Roten denken „solidarisch“, ein KGBler sowohl als auch. Sollte also einfach sein …

Gut, dann sehen wir uns doch das echte Leben und die echte Bauernpolitik, die der Bauernbund fast im Alleingang bestimmt, an. Wie sehen denn die Schutz-Aktionen für die bedrohten Familienbetriebe aus? Da wäre erstens die Gelegenheit gewesen, die ersten dreißig Hektar stärker zu fördern. Wir GRÜNE fänden das toll, der Bauernbund nicht und hat abgelehnt, die Roten wären dafür. Dann ist da die Höchstbeitragsgrundlage bei der SVB, die jenen großen Bauern Vorteile verschafft, die diese überschritten haben. So sieht der Schutz der Kleinen nicht aus, das ist Umverteilung made by Bauernbund, eine Umverteilung von den Kleinen zu den Großen.

Präsident Reissecker sagte anlässlich der Abschaffung der Milchquote, dass die „Bauern nun im freien Unternehmertum“ angekommen wären. Sehr schön, jetzt wissen wir, wo der Hase beim Bauernbund hinläuft, am Ende geht es eben doch nicht darum, dass „die Bauern zusammenhalten“, wie man es in den Sonntagsreden hört, sondern darum, dass sich am freien Markt der Stärkere durchsetzt. Taktisch klug ist das nicht, denn achtzig Prozent der Betriebe haben weniger als dreißig Hektar und vorbildlich auch nicht, denn Deutschland und andere EU-Länder fördern die Kleinen schon. Frauenfreundlich ist es ebensowenig, denn je kleiner die Betriebe, desto eher sind Frauen Betriebsführerinnen, und christlich ist es am Ende schon gar nicht.

Da steh ich nun und kann nicht anders, ich muss bekennen, dass ich mir als christlich orientierter Bauer mit dem Bauernbund schwer tu. Es geht nicht um die Frömmigkeit der einzelnen Bauernbundmitglieder, es geht um die konkreten Entscheidungen des Bauernbundes, die ich als Christ problematisch empfinde. Das GRÜNE Lager nahm mich zum Glück mit offenen Armen auf. Wäre der Papst Österreicher und Bauer würden die Grünen Bauern und Bäuerinnen ihn fragen, ob er nicht Mitglied werden wolle, seine Enzyklika „Laudato Si“ passt gut in unser GRÜNES Programm.

Andreas Pillichshammer

FINDE DEN FEHLER IM SYSTEM

Den agrarpolitischen Asphalt aufbrechen. Hintergrund: Das Umweltbundesamt veröffentlicht im Jänner 2017 den Umweltkontrollbericht 2016. Anfang Februar beschließen ÖVP und SPÖ ein 35-seitiges Arbeitsprogramm, in dem sie unter anderem mit dem „Masterplan Land“ punkten wollen. Maßnahmen, die das Wirtschaften und das Leben am Land systematisch verbessern und „attraktivieren“ sollen.

VON MONIKA GRUBER

Schnee von gestern

Foto: Eva Schinner!

Eisregen. Wer kann, meidet die glatten Straßen. Heute bleibe ich lieber daheim und denk mir, ein guter Tag, etwas für meine politische Bildung zu tun. Fernsehen. Ich schaue mir die Liveübertragung aus dem Parlament an. Nebenbei stricke ich am Pullover für mein Enkelkind weiter. Rechte Maschen und linke Maschen.

Die Sitzung im Nationalrat beginnt mit der Fragestunde an ein Regierungsmitglied. Gespannt lausche ich Bildungsministerin Sonja Hammerschmied, die bis 2016 die Veterinärmedizinische Universität Wien leitete. Heute beantwortet sie Anfragen der Abgeordneten. Lehrkräfte klagen lautstark, Jugendliche tun sich zunehmend schwer, sinnerfassend zu lesen. Die Ministerin plant, den Unterricht zu digitalisieren. Ab der Fünften soll jedes Kind Laptop oder Tablet vorgesetzt bekommen. Die Lehrkräfte sollen sich entsprechend schulen (lassen) und mit digital aufbereitetem Lehrstoff unterrichten. Die Ministerin rechnet, Schulkinder würden digital die Fähigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens besser entwickeln als bisher. Das sei punktgenau möglich zu testen. Zugegeben, ich sehe rot. Ich fühle mich an den deutschen Philosophen Richard David Precht erinnert: Das Bildungsideal, die Persönlichkeit zu entfalten, ist etwas, das der Staat zu keiner Zeit gebrauchen kann. Den Staat, der die jeweilige Schule macht, interessiert: „Welche Staatsbürger gehen aus dieser Schule hervor, die ich in diesem Staat in bestimmen Funktionen gebrauchen kann?“

In der 162. Parlamentsdebatte (über Klimaschutz, Energiewende und Green Economy) äußert sich der Landwirtschaftsminister zum Umweltkontrollbericht 2016 (bezogen auf Daten von 2014). „Unsere Umweltsituation ist so gut wie nie!“, lobt Rupprechter und stellt das mit seiner Wortwahl wie eine Tatsache hin. Er verweist auf den 20 Prozent-Anteil an Biobauernhöfen. Und darauf, dass „80 Prozent der Bauern nach umweltgerechten Maßnahmen wirtschaften.“ – Aber hallo, was machen die restlichen 20 Prozent, die hier im Dunkeln bleiben? Wirtschaften im industriellen Stil?

Die Redner von ÖVP und SPÖ sehen den Bericht als „Spiegel des hervorragenden Umweltzustands“, dass ich nur so staune. Wolfgang Pirklhuber von den Grünen rückt das Bild zurecht. Beispiel: In der gesamten EU verringerte sich der CO_2-Ausstoß seit 1994 um 24 Prozent. In Österreich blieb er gleich hoch. „Was ist daran erfolgreich?“, will Pirklhuber wissen. Leo Steinbichler, vom Team Stronach, spricht „von der Realität, nicht von Statistiken“. Der Abgeordnete stellt eine Bildtafel aufs Rednerpult: Ein LKW, der den Blumenhandel mit Importware beliefert. Er thematisiert Transport und regionale Versorgung. Der Minister lächelt beim Anblick des LKWs. Worüber bloß? Denkt er an den bevorstehenden Valentinstag? Fair gehandelte Rosen?

Während der Debatte gleicht der Nationalrat einer Schulklasse. Ein Volksvertreter versinkt hinter einer Zeitung. Ein anderer liest unterm Tisch, vermutlich Nachrichten auf dem Smartphone. Manche tippen am Laptop. Einem Abgeordneten wird Redeverbot angedroht, was ihm die Sprache verschlägt. Ein paar Frauen umarmen eine Kollegin und plaudern. Zwei Sitznachbarn vertiefen sich in ein Gespräch und ihre Unterlagen. Zwischenrufe schallen durchs Parlament. Ein paar Abgeordnete starren nach vorne. Andere drehen die Köpfe zueinander, lachen herzhaft. Ganz hinten notiert einer was mit dem Kuli.

Am Schluss stimmt der Nationalrat ab, über den eingebrachten Antrag (der Grünen): „Die Empfehlungen im Umweltkontrollbericht sind unverzüglich umzusetzen.“ Der Parlamentspräsident bittet um ein Zeichen. Der Antrag wird abgelehnt – von der parlamentarischen Mehrheit. Liebe Volksvertreter*innen, da bekomme ich Hummeln im Arsch! Und ich weiß mir nur mehr einen Rat: Ich empfehle Ihnen ein Abo der „Wege für eine bäuerliche Zukunft“. Sie können es ganz einfach bestellen:

baeuerliche.zukunft@chello.at
Fax 01 – 958 40 33
Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH
Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG
Rosalie Hötzer
Sauerfeld 40, 5580 Tamsweg
06474-8164
trimmingerhof@aon.at

VORARLBERG
Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL
Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

OBERÖSTERREICH
Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
bio-hofer@ronet.at

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 0664-73566685
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel: 07235-71 277 o. 0664-23 49 137
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Johann Schauer
Au 3, 4723 Natternbach
0681-20504948
johann.schauer@viacampesina.at

STEIERMARK
Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel: 03579-8037
florian.walter@viacampesina.at

KÄRNTEN
Paul Ertl
Oberdorf 2, 9800 Spittal/Drau
Tel.: 0664-3835613
paul.ertl@boku.ac.at

Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND
David Jelinek
Berggasse 26, 7302 Nikitsch
david.jelinek@viacampesina.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 2, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at

Werbt Abos ...

... und macht Bauern und Bäuerinnen zu kritischen Denker*innen!

Unsere Zeitung „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ ist für uns als ÖBV wichtig, um unsere Themen unter Bauern und Bäuerinnen zu verbreiten. Hier diskutieren wir unsere Anliegen und informieren über aktuelle Entwicklungen in der Agrarpolitik. Deshalb wünschen wir uns, dass möglichst viele Bauern und Bäuerinnen und kritische Konsument*innen unsere Zeitung lesen.

Darüber hinaus ist es für die ÖBV hilfreich, einen möglichst hohen Grad an Eigenmittel zu erreichen, um auch ökonomisch unabhängiger zu sein.

Wir bitten euch daher, die Zeitung in eurem Umfeld weiterzureichen und neue Mitglieder und Abonnent*innen zu werben.

Wir schicken euch gerne ein paar Exemplare zum Verteilen zu.

Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Mitgliedschaft und/oder Abonnement

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 38 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-Bäuer*innen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 38. Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- ❑ Ich möchte ordentliches Mitglied werden
- ❑ Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
- ❑ Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ zum Preis von Euro 28 bzw. Euro 32 (Ausland)

Name: .....

Adresse: .....

Bauer/Bäuerin aktiv ❑ nicht aktiv ❑

Anderer Beruf: .....

Telefon: ..... E-Mail: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....

❑ Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabo zum Preis von Euro 28 bzw. Euro 32 (Ausland) für:

Name: .....

Zustelladresse: .....

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien
Tel.: 01-89 29 400, baeuerliche.zukunft@chello.at, www.viacampesina.at

HUNGER.MACHT.PROFITE.8
FILMTAGE ZUM RECHT AUF NAHRUNG

Von 9. März bis 10. April 2017 in verschiedenen Bundesländern

Im Frühjahr 2017 finden fast österreichweit zum achten Mal die Filmtage zum Recht auf Nahrung – Hunger.Macht.Profite.8 – statt. Gezeigt werden Filme über unser Agrar- und Ernährungssystem – Filme, die auch die strukturellen Ursachen von Hunger, Unter- und Mangelernährung, das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität sowie Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen aufzeigen. Die Besucher*innen sind wieder herzlich eingeladen, im Filmgespräch nach jeder Vorführung gemeinsam mit Fachreferent*innen und Praktiker*innen die Filminhalte und eventuelle Handlungsmöglichkeiten und Lösungswege zu diskutieren.

Infos zu den Filmtagen und Spielorten:
www.hungermachtprofite.at

Veranstaltungsreihe von ÖBV, FIAN Österreich, normale.at und AgrarAttac

BÄUERINNENKABARETT „DIE MISTSTÜCKE ON TOUR“

Di, 7. März 2017
Alkoven, Bezirk Eferding (OÖ)
Veranstalter: Maschinenring Eferding
Sa, 11. März 2017
Kulturhaus Bruckmühle, Pregarten (OÖ)
Kartenreservierung: www.kulturhaus-bruckmuehle.at
07236-2570

ÖBV-EXKURSION NACH SERBIEN UND KROATIEN

Mi, 26. April – So, 30. April 2017
(Abfahrt: Mittwoch ca. 11:30 aus Linz, Rückkehr: Sonntag ca. 16.00 in Linz)

Dieses Jahr führt uns unsere bäuerliche Busreise in den Norden von Serbien und Kroatien. Wir wollen verschiedene Seiten der serbo-kroatischen (Bio-)Landwirtschaft kennenlernen, sowohl Familienbetriebe, die sich der solidarischen Landwirtschaft widmen, als auch größere Gemüse- und Obstbaubetriebe. In der Region um Šabac besuchen wir Kleinbäuer*innen, die gemeinsam ein genossenschaftliches Projekt zur Obstverarbeitung gestartet haben. Weiters ist eine Diskussionsveranstaltung mit Berufskolleg*innen in Belgrad angedacht. Die Exkursion wird begleitet von David Jelinek. Nähere Infos in Bälde auf www.viacampesina.at unter „Termine“.

Kosten: ca. 300 Euro/Person zuzüglich Verpflegung (bei Bedarf Ermäßigung möglich)
Anmeldung bis 12. April 2017 unter veranstaltung@viacampesina.at, 01-8929400.

Eine Gruppe von Bauern und Bäuerinnen aus Šabac wird im Vorhinein, Anfang April, zu einer kleinen Hoftour nach Österreich kommen. Sie interessieren sich vor allem für Obstbau und kollektive Verarbeitungs- und Vermarktungsprojekte. Wer hierzu interessante Höfe/Projekte kennt – bitte Bescheid geben!

Wege für eine
Bäuerliche Zukunft
Schwarzspanierstraße 15/3/1
A–1090 Wien
+43/1/89 29 400
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1090 Wien
Bei Unzustellbarkeit zurück an:
ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M